

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgewöhnliche Postzeitung oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222.

Freitag, den 21. September 1917.

24. Jahrg.

Prämien, Liebesgaben und kein Ende.

Von Robert Reinert, Hannover.

Die Preisfestsetzung für die agrarischen Lebensmittel ist unter fleißiger Mitwirkung des verflorenen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer vor und nach Errichtung des Kriegsernährungsamtes in ein System unerhörter Begünstigung der Großagrarien gebracht worden. Hat man von vornherein nicht die Absicht gehabt, die Landwirtschaft besonders zu bevorzugen, so ist man aber jetzt an einem Punkte angekommen, bei dem allen verantwortlichen Stellen ein Halt zugerufen werden muß.

Bei allen Maßnahmen hat man mit Halbheiten begonnen, doch wenn sich ein Vorteil für die Großgrundbesitzer ergab, ist er vervollständigt worden. Als im Herbst 1915 Höchstpreise für Schlachtschweine festgesetzt wurden, hatten sie nur für Orte mit Schlachthöfen Geltung. Die Landräte machten bekannt, daß diese Preise nicht für die Bauern bestimmt waren und ermahnten sie, die Stallpreise so zu stellen, daß der Verkauf auf den Schlachthöfen zu den Höchstpreisen noch möglich werde. Damit hatten sie aber kein Glück. Die Bauern verkauften ihre Schweine weit über den Höchstpreis und brachten sie nicht auf den Schlachthof, sodaß die Schlachter sie sich selber holen mußten.

Nachdem auf diese Weise die Stallpreise hochgeschraubt waren, wurden endlich Stallhöchstpreise festgesetzt, die den Schweinezüchtern die hohen Preise dauernd garantierten. Es wurden die Viehhändlerverbände geschaffen, die prompt und sicher bezahlten, und da das Stallgewicht maßgebend war, gingen die Verluste durch den Transport zu Lasten der Konsumenten, die auch die Kosten der Viehhändlerverbände und ihre hohen Ueberschüsse zu tragen hatten. Diese Monopolisierung des Schlachthandels brachte den Viehhältern bequeme und gute Einnahmen und sie sichert ihnen auch noch dadurch Vorteile, daß die Ueberschüsse der Viehhändlerverbände der Viehzucht wieder zugute kommen sollen.

Im vergangenen Frühjahr erkannte man aber die Gefahr, die in den hohen Viehpreisen für die Volksernährung liegt. Es wurden große Mengen Getreide und Kartoffeln verfüttert, weil sich das bei solchen Preisen lohnte. Da kam das bekannte Professorengutachten heraus, in dem eine Herabsetzung der Viehpreise und eine mäßige Erhöhung der Getreidepreise empfohlen wurde, damit die Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel aufhören solle. Die Landwirtschaft protestierte gegen die Herabsetzung der Viehpreise und hielt nur die Herabsetzung der Getreidepreise für gerechtfertigt. Schließlich wurde aber doch nach dem Gutachten verfahren. Die Schweinepreise wurden vom 1. April ab, die Rindviehpreise vom 1. Juli ab um eine Kleinigkeit ermäßigt und die Preise für Roggen und Weizen der Ernte 1917 um 50 M. für die Tonne erhöht.

Bisher war es üblich, veränderte Höchstpreise ohne jede Rücksicht an dem festgesetzten Termin in Kraft treten zu lassen. Bei den Schweinen wurde aber hiervon nicht nur abgewichen, sondern im Gegenteil einen Monat vorher wurden alle niedrigen Preise für Schweine mit geringem Gewicht aufgehoben, sodaß die leichtesten Schweine übermäßig teuer wurden. Dazu wurden die hohen Preise bis zum 1. Mai weiterbezahlt, wenn der Besitzer das Tier vor dem 1. April dem Viehhändlerverbande zum Verkauf angeboten hatte. Der Erfolg war ein Riesengewinn der Schweinebesitzer, die auch die kleinsten Schweine zum Verkauf anboten und dann mit der Mast aufhörten, sodaß die Bevölkerung das ihr zugedachte billige Schweinefleisch überhaupt nicht erhielt.

Genau so machte man es mit dem Rindvieh. Die Herabsetzung trat nicht, wie geschnitten angeordnet, am 1. Juli, sondern anfangs August erst ein. Bis dahin erhielten die Viehhändler die hohen Preise. Hierbei kommt noch in Betracht, daß vom 15. April bis zum 15. August die doppelte Menge Fleisch verabsolgt wurde, die Abschachtung also doppelt so groß war und dementsprechend auch die Gewinne. Die Viehhändlerverbände hatten ihre Gebühren auch nur um ein geringes ermäßigt, wodurch auch ihr Gewinn sich riesenhaft vergrößerte. Mit Zahlen beweisen läßt sich das leider nicht, weil die Finanzergebnisse der Viehhändlerverbände nicht veröffentlicht werden.

Für das Brotgetreide trat, wie erwähnt, eine Erhöhung um 50 M. für die Tonne ein. Da aus der letzten Ernte nur geringe Mengen zur Verfügung standen, lag der Reichsgetreidestelle daran, die neue Ernte so schnell wie möglich in die Hände zu bekommen. Denn der Zustand einer Störung der Brotversorgung, der in seinen Folgen garnicht auszubedenken war, mußte vermieden werden. Das hätte sie erreichen können, wenn sie bestimmte, daß ein Teil des Getreides sofort abgeliefert ist und daß die Säumigen den Aufschlag nicht voll erhalten. Statt dessen gewährte sie — natürlich auf Kosten der Verbraucher — eine Druschprämie von 60 Mark für die Tonne für Getreide, das bis zum 16. August abgeliefert wurde. Bis 1. September betrug die Prämie 40 M. und bis 1. Oktober beträgt sie 20 M.

Nun wurden bis zum ersten Termin ungeheure Mengen Getreide abgeliefert. Es ist beobachtet, daß die Bauern in langen Reihen mit ihren Wagen vor den Mühlen warteten, sie standen vom Nachmittag bis zum anderen Mittag, die ganze Nacht hindurch, ehe sie abgefertigt werden konnten. Daß der Roggen verhältnismäßig trocken hereingekommen ist, ist nicht der Druschprämie, sondern dem guten Wetter zu danken. Beim Weizen, der später geerntet wird, ist ohne Zweifel sehr viel mit zu hohem Feuchtigkeitsgehalt abgeliefert und verdorben. Die Reichsgetreidestelle sollte nur einmal die Ergebnisse der Entscheidungen veröffentlichen, die über die eingesandten Proben gefällt werden sind. Sie würden das „Gefagte“ bestätigen. Für Hafer wird die hohe Prämie von 60 M. heute noch bezahlt.

Der Gewinn, aus der Druschprämie ist ganz enorm. Die Gesamternte beträgt für Roggen und Weizen etwa 18 Millionen Tonnen, für Hafer und Gerste etwa 12 Millionen, zusammen 30 Millionen. Rechnen wir ab für Selbstverbraucher 10 Millionen Tonnen und nehmen wir an, daß von dem Rest nur die Hälfte, also 10 Millionen Tonnen abgeliefert ist und berechnen wir die Prämie mit durchschnittlich 40 Mark, so ergibt das einen Gewinn von 400 Millionen Mark! Dazu die Preiserhöhung gegen das Vorjahr mit 50 M. = 1500 Millionen Mark Mehrerlös!

Zu den Fleisch- und Getreideprämien sind nun die Kartoffelprämien gekommen. Einmal ist der Erzeugerpreis gegen das Vorjahr von 4 M. auf 5 M. und in den westlichen Provinzen auf 6 M. für den Zentner erhöht worden. Dazu kommt noch eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. bis zum 15. Dezember für den Zentner hinzu. Während früher in dem Preise von 4 M. die Verladung in Bahnwagen oder Schiff eingeschlossen war, wird jetzt noch eine Anfuhrprämie von 5 Pfg. für den Zentner und Kilometer Fahrt bezahlt. Durchschnittlich werden wohl die Kartoffeln 6 Kilometer bis zur Bahn gefahren werden, sodaß zu dem erhöhten Preise noch 80 Pfg. Prämien gezahlt werden. Und das alles bei einer so glänzenden Ernte, wie in diesem Jahre. Für die Volksernährung werden nach Abzug der Selbstverbraucher etwa 250 Millionen Zentner ge-

braucht. Da bringt die Prämie allein 200 Millionen M. ein. Der Preisaufschlag aber kostet den Verbrauchern etwa 300 Millionen Mark, macht insgesamt für die Kartoffeln eine halbe Milliarde Mark!

Beim Gemüse verhält es sich ähnlich. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat Lieferungsverträge abschließen lassen mit festen Vertragspreisen. Jetzt, wo diese Preise in Kraft treten sollen, werden sie auf einmal um 1 M. bis 1,45 M. für den Zentner erhöht. In Frage kommen Kohl und Möhren. Nach einer Mitteilung des Herrn von Batocki sind Lieferungsverträge über 35 Millionen Zentner abgeschlossen, das macht für das Gemüse wieder einen Gewinn von 50 Millionen Mark aus.

Man sieht, die Prämienwirtschaft lohnt sich. Und sie wird weiter ausgebaut, wie aus einer Mitteilung des Herrn v. Tilly, dem Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst hervorgeht. Der hat vor kurzem gesagt, daß die Obstbaumbesitzer veranlaßt werden sollen, ihr Obst lange hängen zu lassen, damit es richtig ausreife. Und für das Hängenlassen soll diesen Herren in Zeiträumen von 14 Tagen eine besondere Vergütung bezahlt werden!

Über 2000 Millionen Mark sind der Landwirtschaft durch Preiserhöhungen und Prämien für Fleisch, Brot, Kartoffeln, Gemüse und Obst in diesem Jahre zugesprochen. Und trotzdem wird es der Findigkeit der in Frage kommenden Stellen gelingen, weiter Prämien auszubedenken. Angekündigt ist jetzt schon, daß demnächst eine größere Abschachtung von Vieh erfolgen soll, weil es an Futter mangelt. Ohne Prophezeie kann man heute schon sagen, daß für diesen Zweck eine weitere Erhöhung der Viehpreise erfolgen wird. Dann ist wieder das Getreide zu billig und wird an das teure Vieh verfüttert. Die Folge ist eine Erhöhung der Getreidepreise.

Soll es so weiter gehen, bis fast jeder seinen Lohn oder sein Gehalt ziemlich reiflos der Landwirtschaft abliefern? Ist das der Abbau der Preise, den uns Herr von Batocki bei Errichtung des Kriegsernährungsamtes in Aussicht gestellt hat?

Die französische Kammer zur Kriegslage.

Am Mittwoch hat sich die französische Kammer mit den Ausführungen des neuen französischen Ministerpräsidenten beschäftigt. Wie nicht anders zu erwarten, hat die Kammer mit 378 gegen eine Stimme eine Tagesordnung angenommen, welche die Erklärung der Regierung billigt und sagt, die Kammer vertraue darauf, daß die Regierung die Durchführung ihres Kriegsprogramms tatkräftig fortsetzen werde. Wie nachträglich bekannt wird, enthielten sich bei der Abstimmung über diese Tagesordnung 160 bis 170 Sozialisten, mit Ausnahme zweier Sozialisten, sowie etwa 60 radikale Sozialisten. Wie lange wird nun wohl das Kabinett Painlevé bestehen, nachdem die Sozialisten ihre Mitwirkung verweigern?

Ueber den Verlauf der Sitzung liegt folgender Havas-Bericht vor:

Mugagnout trat, wie bereits kurz gemeldet, sehr heftig gegen die Regierung auf. Es gebe überhaupt keine Parlamentskontrolle, die Regierung sehe sich leichtfertig über Anweisungen des Parlaments hinweg, die Militärbehörden mischten sich in die politische Führung des Krieges. Mugagnout griff sodann Briand an, der durch allerlei Umtriebe versucht habe, wieder zur Macht zu gelangen. Die meisten Auslandsmissionen seien unnütz, es wäre interessant, wenn die Regierung den Ausschüssen des Parlaments über die Ergebnisse der Missionen Bericht erstatten würde.

Lemery fragte, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen werde, um ein Einvernehmen mit den Verbündeten für eine vernünftige Führung des Krieges sicher zu stellen, und wies auf die Notwendigkeit hin, dem Lande eine klare Definition dafür zu geben, was sie unter Sieg und Frieden verstehe. Lemery erbat Painlevé, auf die feindliche von Stockholm und Rom ausgehende Offensive zu antworten. Der Abgeordnete kritisierte lebhaft die gegenwärtige Anbahnung vom Kriege, der ein Krieg der Vorräte sei. Der Sieg werde dem Lande gehören, das den letzten Vorrat besitzen werde. Lemery erklärte darauf, den Traum, das linke Rheinufer zu annektieren, für einen Anarchismus, während Elsass-Lothringen verlangen nur die Forderung nach Wiedergutmachung des verewaltigten Rechtes sei. Deutschland glaube, schloß der Abgeordnete, daß Vorräten den Sieg bedeute. Als es Belgien verleihe, schloß es die Gesellschaft der Nationen. Dies Recht der Nationen muß man sofort ausarbeiten, anstatt Verhandlungen abzuwarten, bei denen die Verbündeten sich ohne genaue Abmachungen untereinander, Deutschland und seinen Vorkämpfern gegenüber alleinstehend finden würden. Die Rede Lemerys wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Brunet tadelte den Papst, weil er nicht zwischen Verbänden und Recht unterschieden habe. Groussau (Liberal) unterbrach ihn und sagte: „Diesenigen, welche erklären, daß die Note des Papstes deutschem Einfluß entspringen sei, sind im Irrtum. Die Note des Papstes verurteilt die deutschen Ansprüche und bestätigt die Vorkriegsposition des Rechtes. Das ist eine Huldigung für Frankreich.“ (Unterbrechungen der Sozialisten). Renaudel (Sozialist) sagte: „Die sozialistische Note zur internationalen Konferenz war unabweislich, aber man verfehlte nicht, von deutschem Einfluß zu sprechen. Jetzt ist die Reihe an den Katholiken, sich in ihrem religiösen Bewußtsein verletzt zu fühlen. Painlevé antwortete dem Fragesteller und sagte: „Die Aufgabe der Regierung ist, einen Plan zu haben, sich daran zu halten und ihn auszuführen, die Stunde gebietet, zu handeln.“ Der Ministerpräsident erklärte weiter, er bedauere, die Mitwirkung der Sozialisten nicht erlangt zu haben, und bestätigte seine Entschlossenheit, mit äußerster Energie alle Anschläge gewisser fremder Agenten zu verfolgen; die Gerechtigkeit werde ihren Lauf nehmen bis zum Ende. Er machte dann eine Anspielung auf die Gemeinschaft der Nationen und die Gottschalk Wilsons und sagte, daß Frankreich an solchen Grundfragen festhalte, es biete die größten Beweise von aufrichtiger moralischer Größe und Selbstverleugnung dar. Painlevé erklärte seine Uebereinstimmung mit Lemery hinsichtlich der Sprache, welche Frankreich den Alliierten gegenüber gebrauchen könne. Die Seelengröße Frankreichs setze sich deutlich vor aller Augen, und da es den Grundfragen der Vereinigten Staaten sich anschließe, gebe es ein großes moralisches Beispiel. Die Regierung werde sich bemühen, der Nation würdig zu sein und bestrebt sein, diejenigen, welche mit uns kämpfen, auf den von Lemery gemiesenen Wegen mit sich fortzuführen. Painlevé fuhr fort: „Es ist sicher, daß die Politik Lemerys triumphieren wird und daß wir Ereignisse erzielen werden, die Frankreich die Möglichkeit geben, allen Schwierigkeiten die Stirn zu bieten.“ Painlevé schloß mit der Bitte an die Kammer, der Regierung ihr volles Vertrauen zu schenken. Ein Abgeordneter forderte Ribot auf, sich über die zwischen den Alliierten getroffenen Abmachungen zu äußern, die den gemächsten Verprechungen zuwider noch nicht veröffentlicht worden seien.

Ribot antwortete: Vor mehreren Monaten habe ich mit Zustimmung der ganzen Kammer gesagt, daß wir geheime Diplomaten hätten und daß Frankreich bereit sei, alles zu sagen, weil es bei Aufstellung seiner Friedensbedingungen seiner Begehrlichkeit unbedarft und was es sein Recht fordert. Ich habe ge-

sagt, daß ich die bereitliegenden Urkunden veröffentlichen würde, und ich kann sie morgen veröffentlichen, aber das hängt nicht von mir allein ab. Wir haben Alliierte und müssen Hand in Hand und in vollem Vertrauen mit ihnen vorgehen. In dem Maße, wie wir uns dem Ende des Krieges nähern, müssen wir mehr und mehr darüber wachen, die von den Feinden zur Veruneinigung der Alliierten angewandten Kunstgriffe wirkungslos zu machen. Wir werden den Sieg erringen, wenn wir einig bleiben. Deutschland weiß das, und sein ganzes Wesen ist darauf gerichtet, uns uneinig zu machen, um uns zu schwächen. Die Bitte, jene Veröffentlichung zu verschieben, ist aus Petersburg an mich gelangt. In der schwierigen Lage, in der sich unser großer Verbündeter befindet, darf ich seine Schwierigkeiten nicht vermehren.

Habe ich deutlich genug gesprochen? Besteht irgendein Zweifel wegen unserer Friedensbedingungen, wegen dessen, was wir fordern, und was wir erreichen werden — denn wenn wir es nicht erreichen, so würde das Tod und Entsetzung für unser Land bedeuten. Wir sind nicht mit Kriegszielen in dieses Ringen gegangen; 45 Jahre lang haben wir trotz der blutenden Wunde in unserer Seite den Frieden gewollt, und heute, nachdem all dieses französische Blut während dieses langen Ringens vergossen ist, das uns aufgezungen ist — was wollen wir heute? Das Recht! Frankreich will niemandem Gewalt antun; es fordert nur das Recht, und wenn man es nicht hört, dann spreht mir nicht von einem auf das Recht gegründeten Frieden, von einer Gesellschaft der Nationen und von einem dauerhaften Frieden, denn tot wäre er von vornherein, dieser Frieden beim Abschluß durch Ungerechtigkeit vergewaltigte Friede!

Wenn wir vor der Welt die Rückgabe von Elsass-Lothringen fordern, so sind wir Vorkämpfer des verletzten Rechtes und fordern von der Welt die unentbehrliche Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden, die Gutmachung der vor 45 Jahren begangenen Ungerechtigkeit, die 45 Jahre hindurch auf der Welt gelastet hat, — und wenn man das nicht gewährt, so gewährt man nichts, das würde einen Waffenstillstand für einige Jahre bedeuten, während wir alle unsere Opfer nicht vergebens gebracht haben werden, wenn wir den Frieden auf das gründen, was ewig ist: Gerechtigkeit und Recht.

Die Zurückgabe von Elsass-Lothringen genügt nicht; wir fordern Wiedergutmachung. Nicht Rache erstreben wir, die Strafe, die wir unsern Angreifern aufzulegen wünschen, ist keine Geldstrafe, sondern Ersatz für die fremden Verluste, die sie angerichtet haben. Könnten wir erhabenen Hauptes in die verwüsteten Gebiete zurückkehren, welche die Mäler der Barbarei tragen, wenn wir für die Opfer nicht den schuldigen Ersatz gefordert hätten?

Ich habe hinzugefügt, daß auch Bürgschaften nötig seien, die in der Gesellschaft der Völker als solcher liegen. Welchen Wert würde die Unterjochung der deutschen Regierung haben, wenn hinter der ihrigen nicht die Unterjochung des deutschen Volkes selber künde?

Aus Ihrem Befehl ersehe ich, daß ich Ihre Erwartungen nicht getäuscht habe. Frankreich hat den ersten Stoß der Barbarei aushalten müssen. Seine Opfer geben ihm das Recht, sein Haupt hoch zu tragen; es verdient die Ausdrücke der Bewunderung, die ihm die Welt so reichlich zollt. Wir werden den Abschluß dieses Krieges erreichen, wenn wir uns nicht in den Schlingen fangen lassen, die man uns stellen wird.

Wenn wir dem Papste nicht geantwortet haben, so befinden wir uns im Einklang mit unsern Alliierten. Was sollen wir auch — trotz des hohen Ansehens des Papstes — auf alle diese Einladungen zu Verhandlungen antworten? Wo wünscht man besonders, daß wir antworten? Dort, wo man nicht hat antworten wollen! Als Wilson uns nach unsern Kriegszielen fragte, haben wir geantwortet! Wer aber hat nicht geantwortet? Die Mittelmächte! Es wird angezündet, daß sie dem Papste antworten werden; warten wir diese Antwort ab, — aber es ist wohlgetan, wenn wir sagen, daß selbst in der Note des Papstes das, was Belgien angeht, weit davon entfernt war, das Gewissen der Welt zu befriedigen.

Ja! Man soll uns sagen, was man will. Geht man darauf ein, uns Elsass-Lothringen zurückzugeben? Geht man auf die Wiedergutmachungen und auf die Gesellschaft der Nationen ein? Man soll es sagen, wir brauchen die Gewißheit, daß man uns nicht in eine Falle verstrickt.

Unser Blätter bringen noch folgenden ergänzenden Bericht über die Sitzung:

Remery erklärte, man müsse Painlevé dafür danken, daß er den Truppen einen Generalissimus gab, der ihnen Vertrauen einflöße; aber dieser Führer könne nicht alle Faktoren nicht rein militärischer Art, wie beispielsweise den U-Boot-Krieg, beherrschen. Er könne auch nicht die Tragweite der russischen Revolution und die des Eingreifens der Vereinigten Staaten erkennen. Die russische Unordnung mache Frankreich einen sofortigen Sieg unmöglich. Im letzten Winter wollte der Generalstab keine Jahrespläne freilegen, um die zahlenmäßige Ueberlegenheit über den Gegner von Verdun zu behalten. Die französische Offensive vor Verdun hätte wahrscheinlich nicht stattgefunden, wenn der Generalissimus gemüht hätte, welchen Ausfall das Ereignis der diesjährigen Ernte infolge des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitern aufweisen würde. Die jetzige Kriegssituation: „Blockade“. Im jetzigen Krieg werde keine Armee vernichtet, solange ein Land sie ernähren und verproviantieren könne. Wenn ein Land nachgegeben, werde auch die Armee nachgeben. Mit Kohlen, Brot und Granaten könne man dem Feinde Widerstand leisten; auch wenn er um weitere fünfzig Kilometer vorrücken sollte, sei es nötig, dreimalhunderttausend Mann für landwirtschaftliche Arbeiten freizulassen. Der Deputierte Franquet erklärte, man dürfe vom Frieden nur dann sprechen, wenn man nicht erschöpft und entmutigt sei. Die Note des Papstes sei von Deutschland inspiriert. Der Deputierte Goussier erwiderte heftig, dies sei unwaar, die Papstnote sei das Gegenteil der deutschen Kriegsvorkämpfer. Renaudel beglückwünschte Painlevé, daß er nur von Elsass-Lothringen, nicht aber von unsern Abenteuern gesprochen habe. Brunet forderte, Frankreich solle dem Papste keine Friedensliebe darlegen.

Der Deputierte Barot erklärte, die Verproviantierung Frankreichs werde immer schwieriger. In diesem Jahre habe man einen Ausfall von 48 Millionen Doppelzentnern Getreide. Der Redner bezweifelte, daß die Regierung den Ausfall durch Einjahre decken könne. Im Vorjahre habe man kaum 24 Millionen Doppelzentner einbringen können. Wie werde es heuer angesichts des verheerenden U-Boot-Krieges gehen. Die Leber Painlevés und Ribots wurden häufig unterbrochen. Brizon rief an Ende der Rede Painlevé: „Das alles hat Friede von sich gelöst!“

Zum Schluß erklärte Renaudel, die Sozialisten hätten nicht aus Antipathie an dem Kabinett nicht teilgenommen. Die Sozialisten wollen wissen, ob das Programm des Kabinetts dem der Sozialisten entspreche. Ribot sei weniger weit gegangen als Painlevé. Es scheine, daß Painlevé sehr leicht sagen wolle, welches die Kriegsziele Frankreichs seien. Ob man denn abwarten müsse, bis Deutschland militärisch zerschmettert sei, um die Bedingungen des Rechtes bekannt zu geben, wenn man nicht einmal wisse, ob Deutschland sie annehmen werde? (Lebhafte Bewegung und Rufe im Zentrum und auf der Rechten.) Die ministerielle Krise sei erfolgt, weil das Volksgefühl eine kräftigere Kriegsführung forderte. Das Kriegskomitee Painlevés entspreche den Zeitverhältnissen nicht. Es bestehe aus lauter alten Männern, deren Verdienst es sei, sich in Friedenszeiten die Ministerposten für sich in die Hand gespielt zu haben. Renaudel verlangte dann von Painlevé, er solle sein Versprechen aus der letzten Geheimnisung halten. Seine Erklärung mache nicht den Eindruck, daß die Regierung tatkräftig sei. Die Sozialisten würden sich der Zustimmung enthalten, nicht um die Regierung zu stürzen, sondern, um abzuwarten.

Die Kriegslage.

Eine neue Schlacht in Flandern.

In Flandern verdichtete sich die gesteigerte Kampftätigkeit der letzten Tage zu einem neuen englischen Angriff. Das Feuer lag den ganzen 19. über mit außerordentlicher Heftigkeit auf den deutschen Stellungen. Dreimal, am frühen Morgen, um 11 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags, steigerte es sich zum Trommelfeuer. Dem morgendlichen Trommelfeuer in der Gegend von St. Julien folgte der zweite Anlauf mehrerer Bataillone, die beide Male abgewiesen wurden. Ein in der Gegend von Langemarck hergestellter Angriff kam im deutschen Vernichtungsfeuer nicht zur Entfaltung. Am Nachmittag wurden starke englische Stöcktrupps, die mit einem Tank hart südlich der Straße Ypern-Menin vorgingen, durch Abwehrfeuer gestoppt. Der Tank wurde durch Volkstreffler zerstört. Am Abend sah man wiederum auf der Straße Ypern-Menin Tanks vorgehen, die unter Feuer genommen wurden. Gleichzeitig nebelten die Engländer die deutschen Stellungen von St. Julien bis Langemarck ein. Das starke Feuer hielt die ganze Nacht hindurch an. 9,30 Uhr früh steigerte es sich von Langemarck bis zum Kanal Ypern-Houten zum stärksten Trommelfeuer. Kurz darauf brach die englische Infanterie auf breiter Front zum Angriff vor. Der Kampf ist in vollem Gange. Auch an der übrigen englischen Front steigerte sich das Feuer teilweise zu größerer Stärke.

Im Artois wurde ein englischer Fesselballon heruntergeschossen. Bei St. Quentin wurden mehrfach vorrückende feindliche Patrouillen abgewiesen.

An der Aisne-Front, nördlich Reims und in der Champagne kam es trotz lebhafterem Feuer lediglich zu Gefechten mit starken feindlichen Patrouillen, die abgewiesen wurden. In der Gegend von Braye brachte eine deutsche Patrouille 77 Gefangene ein.

Auch zwischen der Aisne und Hermericourt wurden Gefangene eingebracht.

An der Verdun-Front griffen die Franzosen wiederum trotz der am 18. erlittenen furchtbaren Verluste mit starken Kräften heftiger als die Höhe 344 an. Der Angriff wurde frühzeitig erkannt und unter vernichtendem Feuer genommen. Die französischen Sturmwellen brachen überall zusammen. An keiner Stelle erreichten sie die deutschen Linien. Um 8 Uhr abends erneuerten die Franzosen den Angriff mit dem gleichen Mißerfolg. Auch im Chaume-Bosch wurde ein französischer Stöcktrupps abgewiesen.

Der Luftkampf war reger. Außer den im Heeresbericht als abgeschlossen gemeldeten feindlichen Flugzeugen wurde noch ein französischer Fesselballon zum Absturz gebracht.

Die Heeresberichte.

REB. Berlin, 20. September, abends. (Amtlich.)
Die Schlacht in Flandern ist auf der Angriffsfront der Engländer von Langemarck bis holländische noch in vollem Gange. Im nördlichen Teil unserer Abwehrzone wird seit dem Morgen erbittert und wechselnd gekämpft.

Wien, 20. September. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsjahresplan.

Bei Ardora in der Bukowina versuchten die Russen nach starker Artillerievorbereitung vorzustoßen. Unser Feuer verprengte die Angriffstruppen und zwang sie zur Rückkehr in ihre Ausgangsgräben.

Italienischer Kriegsjahresplan.

Ein gegen den Monte San Gabriele ohne Feuerzubereitung angestellter italienischer Angriff kam in unserem Feuer zum Stehen. Am Coltricon versuchte der Feind nach einer Minenexplosion anzugreifen, wurde aber schon in der Vorbereitung wirksam gestoppt. Die Zahl der bei Carcano eingebrachten Gefangenen ist auf elf Offiziere und 516 Mann gestiegen.

Südlicher Kriegsjahresplan.
Keine Ereignisse.

Frankreich und Belgien.

Friedensfreundliche Propaganda in Frankreich.
Der „Lemps“ meldet, daß in Paris sowie in der Provinz seit einiger Zeit Flugblätter friedensfreundlichen Inhalts von verdächtigen Ausländern verteilt werden, ohne daß die Polizei bisher eingeschritten ist. Die Agenten betreiben besonders in Remimontant und Mont Martre ihr Unwesen.

Rußland.

Der Suchomlinow-Prozess.

Der während der jüngsten Ereignisse in Rußland verhaftet worden war, ist wieder aufgenommener worden. Während der Verhandlungen verlangten erregte Soldatenmassen unter Zurückweisung der Fernführer die Auslieferung Suchomlinows und seiner Frau, was sie sofort zu rüchten. Mit vieler Mühe gelang es, die Soldaten von ihrem Vorhaben abzubringen.

Die Kabinette gegen die demokratische Konferenz.

In einer Entschließung fordert der Hauptauschuß der Radikalen Partei die Mitglieder auf, sich jeder Beteiligung an der nur eine einzige politische Strömung des Landes verdrängenden demokratischen Versammlung zu enthalten.

Die vom Arbeiter- und Soldatenrat auf den 25. September nach Petersburg berufene demokratische Konferenz, die die Frage der Bildung einer selbstständigen starken Staatsgewalt entscheiden soll, wird in der Presse und in politischen Kreisen lebhaft besprochen. Amtliche Kreise lassen merken, daß die demokratische Konferenz in keiner Weise unter demselben Gesichtspunkt anzusehen werden könne, wie die große Versammlung in Moskau. Die demokratische Konferenz in

Petersburg sei von dem Arbeiter- und Soldatenrat berufen worden. Die Regierung sei daran unbeteiligt und somit nicht verpflichtet, an ihr teilzunehmen. Die Besprechungen in der bürgerlichen Presse sind ziemlich abgünstig, aber auch die sozialistischen Zeitungen scheinen von dem Gedanken dieser Konferenz nicht sehr entzückt zu sein.

„Rabotshaja Gazeta“, das Blatt des minimalistischen Fingels der sozialdemokratischen Partei, meint, die Konferenz dürfe keine ausschließlich vertrauliche Versammlung bleiben, sondern müsse das ganze Land aufrufen und alle diejenigen zu gemeinsamer Arbeit auffordern, die bereit seien, die Gegenrevolution tätigt zu bekämpfen und das Land gegen den äußeren Feind zu verteidigen. „Dien“, das Blatt Kerenkis, ist der Meinung, wenn die Konferenz das Monopol, betreffend Bildung einer Staatsgewalt, in Anspruch nehme, würde sie das Land möglicherweise wieder in den Abgrund des Bürgerkrieges stoßen und vielleicht einem neuen Kornilow den Weg bahnen, der diesmal glücklicher sein könnte, als sein Vorgänger.

Die gegenrevolutionären Wohlfahrtsausschüsse, die aus Anlaß der Aufstandsbewegung Kornilows entstanden waren, sollten nach einem Befehl Kerenkis aufgelöst resp. unterdrückt werden. Der große Ausschuß für den nationalen Kampf gegen die gegenrevolutionären Versuche im Arbeiter- und Soldatenrat fordert nun in einer Entschließung die Wohlfahrtsausschüsse auf, sich nicht aufzulösen, sondern im Hinblick auf ihre nützliche und vaterländische Arbeit ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit ihm fortzusetzen. — Was wird Kerenki nun tun?

Vor den Kosaken kapituliert

hat anscheinend die Regierung, indem sie den Haftbefehl gegen den Kosakenheerführer Kaledin zurückzog.

Wücktritt zweier Minister.

Der Minister des Innern, Awhsentiew, und der Arbeitsminister Skobelew sind zurückgetreten. Auch der Generalgouverneur Finnlands trat zurück.

Gegen die Bolschewisten.

Unter dem Druck der bürgerlichen Politiker nimmt Kerenki wieder die Verfolgung der Bolschewisten auf. In Kiew, Minsk und anderen Städten sind die Prozesse energischer erneuert worden. Daraus ist aber gerade innerhalb der sozialistischen Kreise der bolschewistische Einfluß gewachsen. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat weist neuerdings wieder infolge des Umfchwendens zahlreicher Abgeordneter eine starke bolschewistische Mehrheit auf.

Sollte Kerenki sich mit dieser Taktik nicht doch schließlich in die Kesseln setzen?

Italien.

Gegen einen vierten Kriegswinter.

Nach Veröffentlichungen des „Popolo d'Italia“ wollen die italienischen Genossen durch eine revolutionäre Aktion das Kriegsende erzwingen. Dagegen wird von anderen Blättern gemeldet, daß der sozialistische Abgeordnete Cazzari in einem Rundschreiben an die sozialistischen Gemeindeverwaltungen den kollektiven Rücktritt der sozialistischen Gemeindevertreter an einem noch näher zu bestimmenden Tage propagiert.

„Gazeta Uffiziale“ veröffentlicht ein Dekret, wodurch der vom Gericht zu Como zu vier Monaten Gefängnis und 500 Lire Buße verurteilte Bürgermeister von Albosè-Como, Luigi Frigorio, infolge einer systematisch betriebenen kriegsfeindlichen Propaganda seines Amtes entsetzt und auf drei Jahre für nicht mehr wählbar erklärt wird. Am 16. Juni versuchte er u. a. eine große Frauen-Demonstration gegen den Krieg in Como zu veranstalten.

Aus Rom verläutet von der ungewöhnlichen Tätigkeit der dortigen Sozialisten, deren Grund sich nicht erkennen lasse.

Merke! Kriegsnachrichten.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Argentiniens zu Deutschland?

Der argentinische Senat beschloß beinahe einstimmig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Die Entscheidung wird jetzt der Deputiertenkammer vorgelegt. Die öffentliche Meinung ist stark zugunsten ihrer endgültigen Annahme.

Notiz des Wolffbüreaus: Eine Bestätigung dieser Mitteilung liegt amtlicherseits nicht vor. — Bis dahin wollen wir uns jeder Bemerkung hierzu enthalten.

Eine amerikanische Friedensstimme.

In einer bemerkenswerten Rede betonte der amerikanische Senator Lewis in Philadelphia, daß die bedeutendsten militärischen Sachverständigen der Welt, soweit sie nicht „unter fremdem Einfluß“ ständen, erklärt hätten, daß die kämpfenden Heere den Krieg nicht zur Entscheidung bringen würden. Auch das Eingreifen Amerikas könne diese Tatsache nicht ändern. Amerika werde niemals imstande sein, eine Truppenmasse nach Europa zu entsenden, die dort den Ausschlag geben könnte. Aus den englischen Verlautbarungen gehe hervor, daß ein event. Transport von 20- bis 30 000 Mann in vier bis sechs Tagen aufgegeben sein würde. Es sei freilich, trotz dieser Erkenntnis den Krieg fortzusetzen. Warum die jetzigen Machthaber Amerika in den Krieg getrieben hätten, sei seiner Ansicht nach nicht ersichtlich. Sie würden die Verantwortung dafür zu tragen haben. Pflicht eines jeden Friedensanhängers sei es aber, mit allen Mitteln für den Frieden zu kämpfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die bevorstehende Kanzlerrede.

Wie das „Berl. Tgl.“ bestätigt, sieht schon heute fest, daß der Reichskanzler in einer der ersten Sitzungen des Reichstages nach den Ferien das Wort ergreifen wird. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Kanzler dabei auch über die belgische Frage und über die verschiedenen anderen Kriegsziele sprechen wird und zwar bestimmter und ausführlicher, als er selbst und sein Vorgänger es bisher gewollt und gekonnt haben.

Zur Abwehr der alldeutschen Freibeuter.

Unser Hamburger Parteiblatt, das „Echo“, wendet sich gegen die Kriegsheterischen Alldeutschen, die neuerdings mit einem Aufruf Anhänger fangen wollen, in dem es einleitend heißt: „Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! In einer größeren als vor drei Jahren! Gegen den äußeren Feind konnten wir damals unserer Wehrmacht vertrauen, und dies Vertrauen hat uns nicht getäuscht. Heute ist der innere Feind am Werk!“

„Hier wird also,“ so bemerkt das „Echo“ hierzu, „von einer kleinen Gruppe die Mehrheit des deutschen Volkes in der empörendsten Weise beschimpft als innerer Feind. Nicht durch das Bemühen der Reichstagsmehrheit für den Frieden komme das Vaterland in Gefahr, sondern durch das Treiben solcher Heiden, die, weit vom Schuß, mit dem Blut und den Leibern anderer, das Volk zu einem glänzenden Aufstieg führen“ wollen. Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Volk sich einmütig gegen dieses Treiben der Alldeutschen erhebt, wodurch der Krieg noch mehr verlängert und das Volk erst recht der Verelendung preisgegeben wird. Schlimm genug ist es nachgerade schon geworden mit dem Glend. Wer leidet denn am schwersten unter dem unglückseligsten Krieg, wer bringt die schwersten Blutopfer, wer arbeitet und darbt? Das Volk, das arbeitende Volk ist es, nicht jene Herren, die unter lärmenden Aufrufen die übermächtige Mehrheit des Volkes, das den Verständigungsfrieden will, als inneren Feind beschimpfen und zum Kampf gegen ihn aufrufen. Wenn durch das Treiben jener Herrschaffen der so hehlig herbeigewünschte Friede noch weiter hinausgeschoben wird, dann hat auch jene Presse mit Schuld daran, die ihre Spalten solchem Treiben geöffnet hat.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Alldeutschen jetzt vorgehen, zwingt alle wahrhaften Friedensfreunde, diesem Vorgehen mit der gleichen Rücksichtslosigkeit zu begegnen. Der Friede ist in Gefahr, wenn den Alldeutschen nicht bald das Handwerk gelegt wird. Und wehe ihnen, wenn das Volk, das wirkliche Volk, das blutende, arbeitende, darbende, zur Verzweiflung gebracht, sich gegen sie wendet, die dem Frieden, dem baldigen Frieden hindernd im Wege stehen. Ein Sturm der Empörung wird sie hinwegfegen, geboren aus dem übermächtigen Verlangen nach Frieden.

Der „Reichschädling“ Erzberger.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hatte in seiner Wittenberger Rede gesagt, es sei ein unabhängiges Litauen in der Bildung begriffen. Das ist nicht nach dem Wunsch gewisser Kreise, die am liebsten Litauen kurzzerhand annectieren möchten. Die „Deutsche Tageszeitung“ donnert nun Erzberger unter der Rubrik „Erzberger als Reichschädling“ wie folgt an:

„Infolge der Auslassung Erzbergers sind, wie wir vernahmen, von den Litauern die Verhandlungen sofort abgebrochen worden, und ihre Stimmung ist derart umgeschlagen, daß die Ausläufer auf eine gedeihliche Regelung der Verfassungsfrage vorläufig so gut wie zerstört sind. Wer auch nur einigen Sinn für politische und wirtschaftliche Geographie hat, der muß sich sagen, daß die litauische Frage auf keinen Fall in der Weise wie die polnische geregelt werden kann, und daß es deshalb eine schwere Schädigung des Reichs bedeutet, wenn man in den Litauern Hoffnungen zu erregen sucht, deren Erfüllung unmöglich ist. Auch den Litauern selbst aber wäre auf die Dauer am schlechtesten damit gebietet, wenn Litauen zu einem Spielball russischer und polnischer Intrigen werden würde. Auch durch diese ebenso unzutreffende, wie unverständige Neußerung hat also Herr Erzberger als Reichschädling gewirkt und das Wohl des deutschen Volkes, dessen Wahrnehmung seine Pflicht als Volksvertreter wäre, nicht gefördert, sondern sich an ihm unverantwortlich veründigt.“

Eine Antwort wird wohl nicht ausbleiben.

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 21. September.

Die Feinde

eines baldigen Friedens der Verständigung

sind mit regem Eifer und unter Aufwendung großer Geldmittel, die ihnen aus den Kriegsgewinnen zur Verfügung gestellt werden, bemüht, den Eindruck zu erwecken, als ob sie die Anschauungen breiter Volksschichten vertreten. Und die meisten bürgerlichen Zeitungen der verschiedensten Richtungen sind ihnen dabei behilflich. Die Bestrebungen der alldeutschen Anreizungspolitiker sind aber nicht nur gegen einen auf der Grundlage des Rechts aufgebauten Frieden gerichtet, sondern auch gegen die freiheitliche Ausgestaltung der inneren Einrichtungen unseres Landes. Man will kein erweitertes Mitbestimmungsrecht des Volkes über alle Dinge, von denen sein Schicksal abhängt. Umgetan mit einem Mantel besonders gefährlichen Patriotismus schwingen jetzt nach alter Weise die Leute die Streitart im Kampfe gegen den „inneren Feind“. Dieser innere Feind sind alle diejenigen, die in diesem Wahnsinn des Krieges noch nicht Vernunft, Gerechtigkeitsgefühl und Sinn für gegebene Möglichkeiten verloren haben. Auch hier in Lübeck sind die Gegner der Mehrheit des Volkes und seiner Vertretung an der Arbeit, um mit den Waffen der Verdächtigung und Verunglimpfung, die allerdingens meistens infolge eigener geistiger Beschaffenheit dem Arsenal auswärtiger Gesinnungsgenossen entnommen werden, für ihre Pläne und Anschauungen Stimmung zu machen.

Das Organ der werktätigen Bevölkerung Lübecks, der

„Lübecker Volksbote“

wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen alles, was zur Verlängerung des massenmörderischen Krieges beitragen kann. Er steht damit im höchsten Maße allein. Um so mehr ist es Pflicht der Arbeiter, aller derjenigen Kreise, die gleicher Auffassung sind wie er, für seine immer weitere Verbreitung zu sorgen. Es genügt nicht, sich über das Kriegsgeschick der Erziehungspolitiker und der sie unterstützenden Zeitungen zu entäußern, sondern man muß auch die richtigen Folgerungen zu ziehen verstehen.

Den Kampf gegen die maßlose Teuerung und die ungesetzliche Auswanderung des Volkes betrachtet der

„Lübecker Volksbote“

gleichfalls als wichtigste Aufgabe. Unter der Kat der Zeit leben die Arbeiter, Angestellten und kleinen Be-

Der amtliche Kriegsbericht.

Erbitterte Schlacht in Flandern.

22. Großes Hauptquartier, 21. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsjahresplan.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die unter Führung des Generals der Infanterie Sigi von Arnim kämpfenden Truppen der 3. Armee haben den ersten Tag der 3. Schlacht in Flandern erfolgreich bestanden. Deutete bereits die Feuerwirkung der letzten Tage auf eine große Kraftanstrengung der Engländer hin, so bildete doch der Einsatz und die Zusammenfassung der am 20. September vom Feind verwandten Kampfmittel auf einer Front von 12 Kilometer ein Höchstmaß.

Hinter der gewaltigen Mauer kochten Trümmerschuers von Beschießungen und Minenwerfer aller Kaliber traten morgens in engen Angriffsstreifen zwischen Langemarck und Hollebecq mindestens 9 britische Divisionen, dabei mehrere australische, vielfach von Panzerkraftwagen und Flammenwerfern unterstützt, zum Sturm an.

Der Angriff führte den Feind in hin- und herwogendem Kampfe bis zu einem Kilometer Tiefe in unsere Abwehrzone hinein. Bei Passchendaele und nach Chelver zu drang der Feind zeitweise weiter vor.

Westlich von Passchendaele drückte ihn unser Gegenstoß zurück. Nördlich der Straße Menin-Ypern blieb ein Teil des Geländes in seiner Hand.

In allen anderen Abschnitten des Schlachtfeldes wurden die Engländer unter den schwersten Verlusten bis zum späten Nachmittag in zähem, heldenmütigem Ringen unserer Truppen über das Trichterfeld unseres Kampffeldes zurückgeworfen, über das hinaus abends neu ins Feuer geführte Verstärkungen des Feindes nichts mehr an Boden zu gewinnen vermochten. Die in der Kampzone liegenden Ortshäuser sind sämtlich in unserm Besitz.

Heute morgen haben die Engländer den Kampf bisher nicht wieder aufgenommen.

Wie in den früheren Schlachten in Flandern haben Führung und Truppen das Höchste geleistet.

Bei den anderen Armeen der Westfront, im Osten und auf dem Balkan keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

amten am meisten. Je mehr Leser der „Volksbote“ hat, desto größer wird der Einfluß sein, den er ausüben vermag. Daher handelt jeder Arbeiter, jeder Angestellte und Beamte in seinem eigenen Interesse, wenn er Bezüger des „Lübecker Volksboten“ wird. So mancher findet den Weg zu unserem Blatte erst dann, wenn er irgend welche Beschwerden hat, der auf geklärt die Arbeiter ist dagegen ein treuer Leser. Treue um Treue! So wie wir ständig für die Interessen der Arbeiter kämpfen, so müssen die Arbeiter auch unausgesetzt für den „Volksboten“ eintreten. Die nach dem Kriege zu erwartenden Kämpfe um einen ausreichenden Lohn verlangen gebieterisch ein einflussreiches Organ, das aber nur dadurch zu ermöglichen ist, daß der

„Volksbote“ in jeder Arbeiterfamilie

gelesen wird. Jeder Leser muß bestrebt sein, mindestens einen neuen Leser dem Blatte zuzuführen. Das ist möglich! Wer

den Sieg der Arbeiterklasse will,

der agitieren unablässig für Vermehrung der Leserschaft. Arbeiter! In eurem Interesse liegt es, wenn der „Lübecker Volksbote“ viele Leser hat! Es muß vorwärts gehen! Wer für den baldigen Frieden, gegen die maßlose Teuerung ist, der muß Leser des „Volksboten“ sein!

Infolge der unerhörten Verteuerung aller Materialien und der Erhöhung der sonstigen Unkosten mußte der Bezugspreis des „Lübecker Volksboten“ vom 1. Oktober ab für alle Bezüger um 20 Pfg. pro Monat erhöht werden. Daß diese Maßnahme unumgänglich notwendig war, ist schon daraus ersichtlich, daß ihr alle Instanzen der Lübecker Arbeiterbewegung einmütig zugestimmt haben.

Ein neues Quartal steht vor der Tür. Wichtige Ereignisse, vielleicht die Entscheidung, sind zu erwarten, da gibt es, nicht nur selbst dem „Lübecker Volksboten“ die Treue zu bewahren, sondern dafür zu wirken, daß die Zahl der Abonnenten immer weiter wächst.

Werbet für den „Lübecker Volksboten“.

Staatliche Kinderfürsorge

ist gegenwärtig und nach dem Kriege eine dringende Notwendigkeit. Infolge der mangelhaften Ernährung, unter der vor allem die Kinder der minderbemittelten Volksschichten schwer zu leiden haben, verschlechtern sich die Gesundheitsverhältnisse der Kinder ganz bedenklich. Die Entwicklung der Kräfte des Körpers und Geistes wird gehemmt und damit die kommende Generation sehr gefährdet. Es ist dringend notwendig, dagegen alle möglichen zweckmäßigen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört selbstverständlich entsprechende ärztliche Kinderfürsorge. Mit einem Anfang dazu hatte sich, wie bereits kurz gemeldet, am Mittwoch der Bürgerausschuß zu befassen. Ihm lag eine Vorlage des Senates zur Beratung vor, welche die Anstellung eines Anstaltsarztes am Kinderhospital und staatlichen Kinderarztes zum Gegenstand hatte. In dem bezüglichen Dekret wird u. a. gesagt:

Die ständig und in den letzten Jahren erheblich anwachsende Zahl der in das Kinderhospital aufgenommenen Pflanzlinge — es sind im Jahre 1916 1471 Kinder an insgesamt 31 952 Tagen allein in der dritten Klasse versorgt worden — erfordert die Gewinnung eines Hausarztes, der insbesondere durch anderweitige Praxis seine Arbeitskraft in hoher Linie dem Hospital widmen kann. Die Vorsteherhaft des Kinderhospitals ersucht daher den Jugendrat für genehmigt, die ärztliche Versorgung des Hospitals nunmehr einem selbstständigen Kinderarzte zu übertragen. Sie

beabsichtigt, zu diesem Zwecke einen in der Kinderheilkunde erfahrenen Spezialarzt anzustellen, dem außer beratender Tätigkeit jede Praxis außerhalb des Hospitals unterjagt werden soll. Wie die Vorsteherhaft dargelegt hat, wird einem tüchtigen Spezialarzt ein Gehalt von etwa 8000 Mk. gewährt und ein diesem entsprechenden Ruhegehalt zugesichert werden müssen. Diese Aufwendung würde jedoch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kinderhospitals übersteigen, das bisher an ärztlichen Honoraren jährlich insgesamt 4551 Mk. verausgabt hat und künftig mit wachsenden Ausgaben verschiedener Art zu rechnen haben wird. Um daher die als notwendig erkannten Maßnahmen durchführen zu können, bittet die Vorsteherhaft, es möge zu dem Gehalte des anzustellenden Arztes in Höhe des 4500 Mk. übersteigenden Betrages ein Beitrag aus öffentlichen Mitteln gewährt, auch die Verpflichtung zur Zahlung des künftigen Ruhegehaltes auf die Staatskasse übernommen werden. Die Vorsteherhaft rechtfertigt ihren dahingehenden Antrag mit dem Hinweis darauf, daß dem von ihr anzustellenden Arzt zu gleicher Zeit auch die Wahrnehmung eines staatlichen Kinderarztes, dessen Anstellung gleichfalls einem Bedürfnis entspricht, übertragen werden könnten, und daß daher die Anstellung eines Spezialarztes für Kinderheilkunde ebenso sehr im Interesse des Staates wie des Kinderhospitals gelegen sei. Der Gesundheitsrat hat denn auch den Gedanken, einen Facharzt im Hauptamt für das Kinderhospital anzustellen, dem zugleich die staatliche Kinderfürsorge übertragen werden könne, als einen erfreulichen Fortschritt auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge begrüßt. Gerade nach dem Kriege, der so außerordentlich zahlreiche Opfer verlangt, müsse das heranwachsende Geschlecht der Gegenstand gesteigerter Fürsorge der Behörden sein. Mit dem Jugendamt steht der Gesundheitsrat in der Zusammenfassung aller der Kinderfürsorge in Lübeck zugewandten Bestrebungen in dieser Behörde eine besonders günstige Vorbedingung für eine gedeihliche Wirksamkeit des Kinderarztes; denn dieser wird nicht nur allgemein bei dem Ausbau der Tätigkeit des Jugendamtes willkommene Mitarbeit leisten, sondern auch durch starke Betätigung in einzelnen Zweigen der staatlichen Kinderfürsorge segensreich wirken können. Das Jugendamt hat daher — und der Gesundheitsrat hat sich hierin angeschlossen — die dem Kinderarzt überwiesenen Aufgaben im einzelnen vorbehaltlich ihrer genaueren Begrenzung durch eine Dienstverweisung folgendermaßen umrissen:

1. Gutachtliche Beratung des Jugendamtes in allen die Kinderfürsorge betreffenden Angelegenheiten,
2. Begutachtung und ärztliche Behandlung der Halte- (unehelichen) Kinder.
3. Übernahme der Obliegenheiten des Fürsorgearztes der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle I, die sich im Kinderhospital befindet.
4. Ausbildung und Beaufsichtigung der besoldeten Fürsorgehelferinnen; Unterweisung der heranwachsenden Jugend in der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.
5. Beaufsichtigung der Milchversorgung.

So wird sich für den städtischen Kinderarzt das Feld zu einer reichen Betätigung eröffnen, auf die der Staat nach Ansicht des Gesundheitsrates den größten Wert legen muß und die dem Staate angebotenen Gebührensleistungen durchaus rechtfertigt. Der Senat schließt sich den Darlegungen der Vorsteherhaft des Jugendamtes und des Gesundheitsrates an. Die Stellung des Kinderarztes wird so zu gestalten sein, daß er einerseits zwar in ein Dienstverhältnis zu der Vorsteherhaft des Hospitals tritt, hinsichtlich der vom Staate übertragenen Obliegenheiten aber dem Stadt- und Landamte (Jugendamt) unterstellt wird. Ein den Vorschlägen des Jugendamtes und der Vorsteherhaft des Kinderhospitals entsprechender Antrag des Senates wurde vom Bürgerausschuß gutachtlich befürwortet. Bei dieser Gelegenheit muß wieder darauf hingewiesen werden, daß in dem außerordentlich wichtigen Jugendamt die Arbeiterchaft noch immer keinerlei Vertretung erhalten hat.

Fogel und Regen prasselten heute mittag hernieder. Auch in der Nacht war starker Regenfall. Hoffentlich wird diese unfreundliche Witterung nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

Städtische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat August 1917. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der Geburten 37 (34), Geburten 116 (115), Sterbefälle 169 (131). Die Geschlechtsverhältnisse nahmen gegen das Vorjahr um 3, die Geburten um 1 und die Sterbefälle um 33 zu, es ergab sich also ein Rückgang der Bevölkerung um 53 (16) Köpfe. Unter den Geborenen waren 14 oder 12,1 Proz. (12 oder 10,4 Proz. unehelich und 3 oder 2,6 Proz. (2 oder 1,7 Proz.) tot. Das Alter der Gestorbenen betrug sich in 21 (14) Fällen auf unter 1 Jahr und in 46 (21) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursache war in 23 Fällen Magen- und Darmkatarrh, Atrophie und Brechdurchfall, in 20 Fällen Lungentzündung und andere Krankheiten der Atmungsorgane, in 13 Fällen Tuberkulose, in 17 Fällen Krebs, in 14 Fällen andere Krankheiten der Verdauungsorgane, in 11 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane. Anstehenden Krankheiten erlagen 4 Personen und zwar 2 an Diphtherie und je 1 an Kindbettfieber und Typhus. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 136 gemeldet, 107 mal Diphtherie (darunter 1 Soldat), 17 mal Scharlach (darunter 1 Soldat), 5 mal Masern, 3 mal Ruhr, 2 mal Typhus und je 1 mal Genickstarre und Wochenbettfieber. 2 erwaltfamen Todes erlitten 14 Personen und zwar 4 durch Selbstmord, 1 durch Mord und 9 durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren 11 Kriegsteilnehmer.

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der ersten vollen Septemberwoche vom 2. bis zum 8. in den einzelnen deutschen Städten im Vergleich mit der Vorwoche verschieden entwickelt. In vielen Städten ist die Sterblichkeit ein wenig gestiegen, in anderen gefallen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betragen sie von den Orten mit mindestens 75 000 Einwohnern, ohne Ortsfreunde, in München 18,8, Altona 15,2, Augsburg 17,2, Berlin 13,3, Berlin-Lichtenfelde 9,7, Berlin-Schöneberg 13,3, Berlin-Steglitz 4,3, Berlin-Wilmersdorf 3,5, Benthien 18,8, Bielefeld 6,1, Bochum 11,2, Braunschweig 16,7, Bremen 14,0, Breslau 15,2, Buer 4,9, Rassel 12,0, Charlottenburg 11,6, Chemnitz 11,6, Köln 16,1, Krefeld 7,7, Danzig 11,6, Darmstadt 13,1, Dortmund 12,1, Dresden 15,3, Duisburg 20,0, Düsseldorf 13,7, Elberfeld 8,2, Erfurt 14,5, Essen 10,8, Gelsenkirchen 10,4, Hagen 11,3, Halle 12,1, Hamburg 17,5, Hamburg 11,3, Hannover 11,9, Karlsruhe 10,1, Kiel 6,8, Königsberg 15,4, Königshütte 20,1, Leipzig 14,1, Lünen 13,3, Lübeck 13,8, Ludwigshafen 10,3, Magdeburg 16,9, Mainz 17,7, Metz 18,7, Mühlhausen 19,7, Mülheim 11,6, München 12,7, Münster 15,1, Neudamm 4,9, Nürnberg 11,1, Offenbach 14,3, Osnabrück 15,5, Pforzheim 12,2, Plauen 10,5, Polen 16,1, Saarbrücken 14,9, Spandau 8,9, Stettin 17,0, Stralsburg 11,5, Stuttgart 10,3, Zwickau 11,8. Mit Einschluß der Fremden betrug sie ferner im ganzen in Witten 8,1, Frankfurt a. M. 10,8, Würzburg 14,0.

Preise von Schlachttweinen. Nach einer neuen Verordnung des Stellvertreters des Reichsanwalters können bei der Abnahme aller Schlachttweine stets die Grundpreise für je 50 Kg. Lebendgewicht gefordert werden, die bisher als Höchstpreise für Schweine im Lebendgewicht von über 85 Kg. galten. Damit werden für geringere gewichtige Schweine die niedrigeren Höchstpreise aus-

gehoben. Diese Regelung tritt jedoch nur vorübergehend bis zum 30. November 1917 in Kraft. Der Zweck der Vorkehrung ist, daß die Landwirte baldigst alle Schweine ohne Rücksicht auf die Höhe des erreichten Mastzustandes absetzen kann, wenn ihr erlaubtes Mastfutter nicht zur Verfügung steht. Dieser Fall wird, da die Getreie beschlagnahmt ist und zur Schweinemast nicht freigegeben werden kann, vielfach eintreten. Die Freigabe von Getreie zur Mast ist nicht möglich, weil der geringe Ertrag der Ernte für menschliche Ernährungsbedürfnisse, für den Heeresbedarf und die Fütterung der Arbeits- und Zuchtstiere vorbehalten bleiben muß.

Goldankaufstelle. Durch die Tätigkeit der hiesigen Goldankaufstelle sind, wie sie uns mitzuteilen bittet, bis jetzt an Goldschmuck und Juwelen für rund 350 000 Mark an die Reichsbankstelle abgeliefert. Bisbed nähert sich jetzt der 10 000sten Einlieferung, und es ist die Absicht der hiesigen Goldankaufstelle, wie es auch an anderen Orten geschieht, dem betreffenden Einlieferer ein wertvolles Gedächtnis zu überreichen. Das oben mitgeteilte Ergebnis ist gewiss ein für Lübeck erfreuliches, auf der anderen Seite darf aber mit aller Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß in unserer Vaterstadt noch mancher Goldschmuck zurückgehalten wird, der zum Besten des Vaterlandes abgeliefert werden sollte. Wer es nicht tut, erfüllt seine Pflicht dem Vaterlande gegenüber nicht.

Kartoffel-Kundenlisten. Vom 21. bis 25. September müssen sich die Kartoffelverbraucher in die Kundenlisten einer der Verkaufsstellen eintragen lassen, die in der heutigen Ausgabe unseres Blattes bekannt gegeben werden.

Hansa-Theater. Morgen abend 7 1/2 Uhr veranstaltet Professor Marcell Salzer im Hansa-Theater einen Vortragsabend. Es hieß „Eulen nach Athen tragen“, wollte man über die künstlerische Befähigung des Vortragenden noch ein Wort verlieren. Beweist dafür ist seine große Selbstheit, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Es findet, worauf wir nochmals hinzuweisen erlucht werden, nur dieser eine Vortragsabend statt. Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Musikalienhandlung Robert, im Holstenhaus sowie an der Theaterkasse zu haben.

Hamburg. Eine Milchverfälschung, wie sie wohl recht selten vorkommt, hatte sich der in der Bierländerstraße 22 wohnende Milchhändler Albers zu schulden kommen lassen. In der Osterwoche, als die Milch recht knapp war, hat er, um der Nachfrage nach Milch zu genügen, fast täglich seine Milch ganz erheblich verfälscht. Auf 10 Liter Milch gab er etwa 8 Liter Wasser, und dieses Spülwasser, denn anders kann man die Fälschung nicht nennen, hat er dann als Vollmilch verkauft. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten in Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit auf eine Geldstrafe von 500 Mark.

Bergedorf. Explosion. In der Fabrik von Westendorff in Sande ereignete sich gestern morgen eine Explosion. Zwei

Arbeiterinnen wurden schwer verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend, der Betrieb nicht gestört. Die Ursache wird auf Selbstentzündung zurückgeführt.

Gewerkschaftsbewegung.

Annexion und Arbeiterinteresse. Auf der Generalversammlung der Hasper-Eisenwerke hat sich Kommerzienrat Klöcker an die Arbeiterführer gewandt und ihnen dringend nahe gelegt, die Frage der Annexion des Erzbeckens von Brien sorgfältig zu studieren, da die Zukunft der deutschen Industrie davon abhängt. Deutschland verfügt selbst nur über 3 Milliarden Tonnen Eisenerz, Frankreich habe einhundertmal soviel, seine Kolonien 10 Milliarden Tonnen Erz und sei deshalb nicht auf Brien angewiesen. Für die Beschäftigung der heimkehrenden Krieger sei das Eisenerz von Brien unentbehrlich, deshalb sollten auch die Vertreter der Arbeiterklasse sich dafür einsetzen, daß Brien zu Deutschland komme. Die Arbeiter richteten ihre Hauptfrage darauf, daß zunächst einmal die Krieger heimkehren und weisen aus diesem Grunde alle Kriegsverlängerungen zurück. Deutschland ist in 44 Kriegsjahren auch ohne das Erzbecken von Brien zum ersten Industriestaat der Welt geworden und wird also auch in Zukunft ohne das weiter leben können. Für den Bezug von Erz aus Brien gibt es ja schließlich noch andere Wege als die Annexion.

Eigene Vertretung der Gelben in den Parlamenten. Auf der jüngsten Jahrestagung der Wirtschaftsfriedlichen in Frankfurt am Main befürwortete der Hauptauschuß auch die Forderung auf eine eigene Vertretung der Gelben im Reichstag oder in den Landtagen. Nur dadurch könne man einer Wiederholung der angeblichen Zurücksetzung der Gelben im Hilfsdienstgesetz und bei den neu geschaffenen Organen der öffentlichen Arbeitsvermittlung vorbeugen. Wie der Berichterstatter Jensen bei der Gelben-Lagung mitteilte, hat ein besonderer Ausschuß seit Jahresfrist an dieser Frage gearbeitet und bereits gute Erfolge erzielt. Die Parteien, welche den Gelben freundlich gegenüberstünden, seien ihnen bereitwillig entgegengetreten. Nach Angabe von Jensen soll Behnemann-Hollweg bereits im November 1916 den Gelben eine Audienz gewährt haben, in der er ihnen gleichberechtigte Behandlung versprach und ihren Anspruch auf besondere Vertretung im Parlament ganz gerechtfertigt fand. Die Gelben beklagen sich nun darüber, daß diese Zusagen nicht gehalten worden seien, obwohl man bei der Propaganda und beim Zeichnen der Kriegsanleihe wieder ihre Dienste benutzte. — Diese Klage ist nicht recht verständlich, denn die Gelben haben natürlich das gleiche Recht wie alle anderen Menschen in Deutschland. Nur als Arbeitervertreter können ihre Vereine nicht gleichberechtigt sein, weil sie keine Arbeitervertreter sind. Im übrigen sehen wir dem Auftreten Gelber Kandidaten bei den Wahlen gern entgegen und lächeln schon heute bei den Gedanken an ihre überwältigenden Erfolge.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern. Die schweizerischen Abgeordneten zur Internationalen Gewerkschaftskonferenz, die am 1. Oktober in Bern zusammentritt, besprachen in einer Vorführung die vorgesehene Tagesordnung. Trotz der ablehnenden Haltung eines Teiles der Londoner Komitees wurde einstimmig beschlossen, die Konferenz am 1. Oktober zu beginnen. Die schwebenden Fragen durch eine Umfrage lösen zu wollen, wie anscheinend beschlossen wurde, gilt als vollständig ausfindiglos. Eine Vertretung über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen dürfte, meinen die schweizerischen Abgeordneten, um so leichter zu erzielen sein, als die Konferenz keinerlei politische Fragen erörtert, sondern sich streng an ihre gewerkschaftlichen Probleme halten wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Verheimlichtes Getreide — auf dem Boden der Dorfkirche! Drei Landwirte, von der Meierei Morles im Kreise Lüneburg in Hesse wurden, dabei betroffen, als sie sechs Säcke Hafer und zwei Säcke Korn, das sie auf dem Boden der Dorfkirche vor der Nachprüfungskommission verborgen hatten, weggeschafft wollten. Die Strafkammer Hanau, der die Sache angezeigt worden war, erkannte gegen alle drei Landwirte auf je 500 Mark Geldstrafe.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. September. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean wurden durch unsere U-Boote wiederum 20 000 Brutto-Registertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, sowie ein tief beladener Frachtdampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, der aus starker Sicherung herausgeschossen wurde.

Zürich, 20. September. Die „Humanität“ schreibt: Painleves letzte Rede ist ein letzter verzweifelter Versuch, das Tor zum Frieden zu verdecken. Der am 6. Oktober in Bordeaux stattfindende Sozialistenkongress werde Painleves die Gemütsheil bringen, daß das Tor des Friedens noch offen stehe. Wer Frankreich lieb hat, müsse danach trachten, es vor einem neuen Kriegswinter zu bewahren.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Randgebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Römigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Gänzlich in Lübeck.

Kartoffeln.

Die Städtische Kartoffelstelle gibt nachstehend die Namen derjenigen Verkaufsstellen bekannt, in welchen Kundenlisten zur Eintragung ausliegen. Die Eintragung hat vom 21. bis 25. September zu geschehen.

- | | | | |
|-------------------------------------|--|--|---|
| Aye, Anna, Segebergstr. 21—23. | Halupka, F., Rüdnic. | Metz, W., Mühlenstraße 7—11. | Scheel, W., Sudwigstr. 37. |
| Bannow, G., Geyerbesir. 17. | Hartmann, F., Strahlenstr. 12. | Menck, B., St. Annenstr. 10. | Schlichting, W., Johannisstr. 58. |
| Bartels, G., Marktstr. 21b. | Heese, G., Meierstr. 26. | Meyer, Ghr., Gantstr. 111. | Schlieper, H., Effengrube 3. |
| Bockmann, E., Meierstr. 12a. | Höns, E., Rönigstr. 48. | Meyer, K., Fünfenhagen 28. | Schloppe, K., Marlesgrube 41. |
| Behm, Fedder J., Gantstr. 97. | Heim, H., Mühlenstr. 73. | Meyer, B., Sürstr. 115. | Schmoock, H., Ruppertschmede-
straße 7. |
| Behncke, L., Magerburg-Allee 25a. | Hintz, H., Rüdnic. | Meyer, K., Klappenstr. 19. | Schmann, G., Geyerbesir. 30. |
| Behncke, G., Bercevalstr. 52. | Hinck, M., Trendelenburgstr. 5. | Miehrke, D., Gumbestr. 18. | Schröder, H., Meierstr. 45. |
| Behrens, F., Marlesgrube 35. | Hohofenwerk, Dänischburg. | Mustin, J., Schlutup. | Schumacher, H., Geyerbesir. |
| Behrmann, H., Gumbestr. 42. | Höpfner, O., Roeststr. 16. | Müller, J., Gartengrube 21. | Schütt, H., Augustenstr. 9. |
| Benthien, J., St. Annenstr. 10a. | Höfke, O., Blaudstr. 14a. | Müller, F., Marktstr. 80. | Stadländer, R., Bülowstr. 6. |
| Berner, E., Giocengiekerstr. 22. | Hudofsky, G., Marktstr. 44. | Müller, H., Marlesgrube 10. | Stapel, M., Marktstraße. |
| Binas, J., Fietichshamerstr. 114. | Jänicke, H., Greverabestr. 32. | Müller, G., Zannenhof 2. | Stander, W., Gumbestr. 61. |
| Bleud, F., Engelfswich 35. | Jenkel, F., Frij-Reuter-Str. 2. | Müller, E., Engelfgrube 72. | Storm, H., Bäckerstr. 11. |
| Blunck, H., Kronenforde Allee 51. | Kähler, M., Burgstr. 18. | Nevermann, H., Sudwigstr. 8. | Straubing, G., Moisl, Allee 10. |
| Breede, F., Kronenforde Allee 49a. | Kelling, H., Engelfswich 12. | Ohlson, S., Marktstr. 39. | Streidt, E., Wiedestr. 42. |
| Breede, J., Danimarktgrube 37. | Kelling, F., Wötkerstr. 28. | Oldenburg, H., Morkefestr. 12. | Spethmann & Fischer, Weter-
grube 57. |
| Breyer, J., Düdenstr. 1—3. | Korf, F., Gr. Burgstr. 18. | Peters, J., Dornestr. 32a. | Speck, E., Sürstr. 80—82. |
| Braun, W., Gumbestr. 90. | Körner, W., Charlottenstr. 26. | Peters, J., Fleischhauerstr. 60. | Tachau, H., Ficherggrube 42. |
| Bruse, H., Schönbödenestr. 16. | Köpke, F., Rönigstr. 44. | Peters, A., Mittelstr. 17. | Tews, M., Abolstr. 7. |
| Burmester, E., Untertrave 65. | Kohl, L., Gr. Gröpelgrube. | Petersen, J., Morkefestr. 13a. | Uter, J. G., Cronst. Allee 125b. |
| Busch, H., Strahlenstr. 34. | Konsumverein für Lübeck und
Umgegend, sämtliche Ver-
kaufsstellen in Lübeck, Travemünde,
Schlutup, Borwerk. | Piel, J., Marendorferstr. 41. | Vahlendiek, F., Marktstraße,
A. Seimstätten, |
| Castelli, E., Lange Reihe 33. | Kranz, M., Schlutup. | Prestin, W., Giocengiekerstr. 6. | Waisling. |
| Cordes, H., Moisl, Allee 88c. | Kreutzfeld, O., Travemündestr. 21. | Pröh, H., Gartengrube 20. | Vollert, W., Gloginstr. 185. |
| Damm, J., Sanger Lohberg 20. | Langfeld, M., Düffere Querstr. 6. | Rehls, Fr., Friedenstr. 57. | Voh, O., Sanger Lohberg 50—52. |
| Daag, W., Sürstr. 108. | Larson, J., Watenitzmauer 7a. | Rehlen, M., Engelfgrube 27. | Wahrake, H., Marlesgrube 5. |
| Drägerwerk, Moelinger Allee. | Lehsten, Travemünde. | Rehm, H., Wötkerstr. 6. | Weis, L., Schwart. Allee 227. |
| Dreyer, W., Engelfswich 41. | Lenschow, A., Klosterstr. 23. | Retzlaff, H., Rotmischstr. 15. | Wehling, G., Bahmstr. 48. |
| Dürkop, G., Steinroder Weg 11a. | Lindemann, E., Beherstr. 12. | Rosenhöft, S., Schwönetenauer-
straße 25. | Westphal, A., Ludwigstr. 69. |
| Elsermann, Fr., Gneifenaustr. 6. | Lühr, F., Marktstr. 55. | Rowahl, H., Brießstr. 1. | Westphal, J., Rönigstr. 117. |
| Feddern, H., St. Niesan 8. | Lübeck-Büchener Eisenbahn-
Gesellschaft. | Ribbe, P., Trendelenburgstr. 11. | Witter, H., Travemünde. |
| Fick, A., Watenitzstr. 7. | Martens, E., Marquardstr. 21. | Rohbach, H., Fadenbg. Allee 19a. | Wichmann, H., Gloginstr. 3. |
| Flaskämper, W., Wötkerstr. 31. | Mann, Aug., Schögenstr. 36a. | Rothländer, B., Böhmerstr. 23. | Wichmann, A., Wetergrube 56. |
| Frast, G., Rosenstr. 2. | Metz, W., Bahmstr. 5—7. | Sachau, H., Gumbestr. 29. | Wunderlich, A., Fünfhäufen 16. |
| Giesenberg, F., Engelfgrube 24. | | Segner, H., Gumbestr. 82. | Winter, P., Gartengrube 11. |
| Giesfeld, Friedrichstr. 1. | | Siemers, H., Marktstr. 25. | Wulf, J., Dornestr. 19a. |
| Gundlach, G., Ruppertschmedestr. 1. | | Siggelkow, Travemünde. | Zamel, H., Schönböden. |
| Grauer, G., Lange Reihe 1. | | Sühr, J., Untertrave 22. | |
| Greys, J., Gr. Burgstr. 27. | | Süfke, W., Marendorferstr. 25. | |
| Hartwig, L., Obertrave 8. | | | |
| Hüb, R., Mühlenstr. 67. | | | |

Bekanntmachung betreffend Hauschlachtungen.

Auf Grund der §§ 3 und 9 der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs vom 21. August 1916 wird hiermit das Folgende angeordnet:
Alle diejenigen Personen, welche Hauschlachtungen vorgenommen haben, haben ihre Fleischkarten innerhalb 8 Tagen in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65, I. Zimmer 1, zur Verrechnung vorzulegen. Einleitung durch die Post ist zulässig, doch muß, falls bereits früher Fleischkarten abgeliefert worden sind, der hierüber angefertigte Nachrechnungsbogen mit vorgelegt werden. Vor der Vorlage sind die Fleischkarten vorchriftsmäßig mit dem Namen des Inhabers zu versehen.
Bewandlungen gegen vorliegende Anordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.
Lübeck, den 20. September 1917. (2735)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 24. bis 30. September sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Ausgäbe gelangen:
100 Gramm Weizengries.
zum Preise von 28 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund)
auf den Marken E VII des Lebensmittelamtes.
Die gekennzeichneten Abgäbe für diese Verteilung (Nr. 79) sind bis zum 4. Oktober an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schögenstr. 12, abzugeben.
Lübeck, den 20. September 1917. (2734)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 24. bis 30. September 1917 werden 250 gr Pindfleisch oder 500 gr Fleischwurst oder 250 gr angeräucherter oder 200 gr Dauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgeben.
Lübeck, den 21. September 1917. (2733)

Das Polizeiamt.

Heute morgen 3 1/2 Uhr entlichet. Legt nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere herzensgute, unvergessliche Mutter
Frau Wilhelmine Straß.
In tiefster Trauer
Johs. Straß u. Kinder.
Wötkerstr. 20. Sept. 1917.

Offener Stiefelkasten
zu kaufen gesucht. (2745)
G. Capell, Schwartstr. Allee 118.
Zu kaufen gesucht ein (2736)
Küchenschrank ohne Aufs.
Jag. mit. Seb II an die Exped.

Zu kauf. gef. Handharmonika.
Nr. 20 an die Exp. (2739)
Spezialgeschäft für (2738)
Vergrößerungen
nach Photographien.
Warnke, Gr. Bauhof 11.
Ausstellung: Mühlenstraße 30.
Freibank.
Ausgabe von Freibankfleisch am
Sonntag, dem 22. September,
von 7 Uhr ab für die Nummern
1501 bis 1600. (2740)
Der Verkauf findet in den
Fleischverkaufsstellen auf dem
Schögenstr. statt.
Heute und folgende Tage:
Frisches Fleisch u. Wurst
Bäckereibetrieb I. Lübker
Friedenstraße 42. (2732)

Hansa-Theater.

Sonnabend, den 22. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Einmaliger Vortragsabend
von Professor (2741)
Marcell Salzer.

Da Herr Prof. Salzer in der nächsten Zeit wieder eine Vortragsreise an die Westfront antritt, kann nur dieser eine Abend stattfinden.

Vorverkauf: Musikalienhandlung Robert, Holstenhaus und an der Theaterkasse.

Hansa-Theater.

Sonntag, 23. September, nachmittags 3 Uhr:
Grosse Kinder-Vorstellung.
König Drosselbart.
Märchen in 5 Bildern von Sofie Hennig.
Kleine Preise. (2742)
Vorverkauf nur an der Theaterkasse.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für
erstklassige
Manufakturwaren
Spezialhaus für Betten
Bettedauern u. Daun
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Wegen Familienfeier ist mein
Geschäft am Sonnabend von
11 Uhr an
geschlossen.
F. Willers,
Stockelsdorf. (2731)
Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr
Die tolle Komteß

Die Möglichkeit einer besseren Kartoffelversorgung.

Die Frage, wieviel Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung im Wirtschaftsjahr 1917/18 verabfolgt werden können, steht zurzeit im Mittelpunkt der Erörterungen. Mit Recht. Im verflochtenen Wirtschaftsjahr wurde die Bevölkerung nur ganz mangelhaft mit Kartoffeln versorgt. Das Kohlrübenjahr 1916 wird so bald nicht vergessen werden. Eine ähnliche Belastung darf dem Volke in diesem Jahre nicht zugemutet werden, aus Gründen, die hier nicht angeführt zu werden brauchen. Kartoffeln und Brot sind unter allen Umständen in ausreichendem Maße zu beschaffen, selbst auf die Gefahr hin, daß unser Viehbestand weiter reduziert werden muß. Wir können in diesem Jahre auch besser mit Kartoffeln versorgt werden, weil wir eine bedeutend bessere Ernte als im verflochtenen Jahre aufzuweisen haben. Im Jahre 1915 hatten wir eine Rekord-Ernte; 54 Millionen Tonnen wurden geerntet. Im Jahre 1916 hatten wir eine Miß-Ernte; es wurden nur etwa 24 Millionen Tonnen geerntet. In diesem Jahre haben wir zwar keine Rekord-Ernte, sind aber auch sehr weit von einer Miß-Ernte entfernt. Landwirtschaftliche Sachverständige schätzen die Kartoffelernte in diesem Jahre auf 42 bis 44 Millionen Tonnen. Nehmen wir nicht einmal diesen günstigen Fall an, und setzen nur rund 40 Millionen Tonnen in Anrechnung. Bekanntlich besteht ein Verfüttungsüberschub und darf auch nur eine bestimmte Menge Kartoffeln zur Herstellung von Spiritus und Stärke verwandt werden. Bringen wir für Brennereizwecke, zum Verfüttern, für Schwund die Hälfte der gesamten Ernte in Abzug, was sicherlich reichlich gemessen ist, dann bleiben noch 20 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung übrig, das sind 400 Millionen Zentner. Bei einer Gesamtbevölkerung von 70 Millionen Einwohnern — das Heer ist mit einbezogen — würde somit auf den Kopf der Bevölkerung das Jahr 570 Pfund Kartoffeln kommen, was gleichbedeutend ist mit 11 Pfund je Kopf und Woche. Die Forderung der Konsumenten, mindestens 10 Pfund Kartoffeln auf den Kopf zu gewähren, ist somit nicht nur berechtigt, sondern auch durchführbar. Boreest wurden 7 Pfund je Kopf gewährt, das bedeutet bei 70 Millionen Einwohnern einen Jahresverbrauch von nur 12 Millionen Tonnen. Daß aber weit mehr als 12 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehen, wird niemand bestreiten wollen. Es wird nun vielfach gesagt, „Kartoffeln seien zwar vorhanden, die ausreichende Versorgung der Bevölkerung scheitere jedoch an den Transportschwierigkeiten. Es muß zugegeben werden, daß unvorhergesehene Fälle eintreten können, die unsere Transportmittel in höherem Maße in Anspruch nehmen. Wenn man das vorher sieht, muß man die Dispositionen dementsprechend treffen und muß dann eventuell den Konsumenten das Recht geben, sich selbst zu versorgen, muß die Entfaltung nach Möglichkeit beschleunigen und muß Bedarfsgebiete und Zuschußgebiete einander näher bringen. Man hätte aber auch dem Drängen des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen, die Versorgung mit Kohlen früher in Angriff zu nehmen, nachgeben sollen. In den Sommermonaten wären ausreichend Transportmittel vorhanden gewesen, die Bevölkerung mit Kohlen zu versorgen. Statt die Rationierung schon im Frühjahr vorzunehmen, hat man gewartet, bis Besserheiten und diejenigen, die mit Händlern gute Verbindungen haben, die Keller voll gehamstert haben, und jetzt endlich fest man die Ration fest. Nun war wieder eine Bestandaufnahme bei der Bevölkerung notwendig, womit eine Unmenge Schreiberi und Schererei verbunden ist. Die Hamster sagen doch nicht die Wahrheit, und so kommt es, daß ein Teil der Bevölkerung wieder hinreichend mit Kohlen versehen ist, der andere jedoch nicht. Nun soll die Kohlenversorgung einsehen, auch soll bald die Kartoffelversorgung folgen, dann kommt wieder die Rübenente. Da wir im Herbst schon in Friedenszeiten Wagenmangel haben, hat man wie-

der eine famose Ausrede zur Hand, wenn es mit der Kartoffelversorgung nicht klappt. Die Behörden täten gut, frühzeitiger die Vorschläge der Konsumenten (Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen, Konsumvereine, Gewerkschaften und Angestelltenverbände) zu prüfen und rascher zu handeln. Manches unliebsame Vorwissen wäre vermieden worden und würde für die Zukunft auch vermieden. Die Forderung der Konsumenten, im vierten Kriegsjahre die Bevölkerung hinlänglich mit Kartoffeln zu versorgen, ist, wie oben dargelegt, nicht nur berechtigt, sondern auch durchführbar. Man kann gespannt darauf sein, ob uns dieses Jahr bei der verhältnismäßig guten Ernte ein Kohlrübenwinter erpart bleibt und ob die Behörden, die mit der Verteilung beauftragt sind, in den drei Kriegsjahren etwas gelernt haben.

Drei Kriegsjahre der Volksfürsorge.

Von Karl Hilbrand, M. d. R.

Das erste große Produkt der Zusammenarbeit der deutschen Gewerkschaften zur Ausgestaltung der sozialen Selbsthilfe der deutschen Arbeiterklasse, die gemeinnützige Volksfürsorge-Aktions-Gesellschaft „Volksfürsorge“, ist mit Zuerst auf eine weitere günstige Entwicklung in das vierte Kriegsjahr eingetreten. Da diese Gesellschaft erst ein Jahr vor Ausbruch des Krieges, am 1. Juli 1913, ins Leben getreten war, konnte man die Befürchtung haben, daß durch den Krieg nicht nur die Organisation gestört, sondern der Bestand der ganzen Gesellschaft gefährdet werden könnte. Glücklicherweise haben sich jedoch diese Befürchtungen als unberechtigt erwiesen, da der Gesellschaft nicht nur das Vertrauen der Versicherten erhalten blieb, sondern auch nach kurzer Zeit der Störung und Stockung eine ertretliche weitere Entwicklung eintrat. Daß das Bestreben, die Volksfürsorge durch gemeinnützigen Betrieb von den vielbefragten Nachteilen des Privatbetriebes zu befreien, berechtigt war und infolgedessen sehr starke Unterstützung bei der Arbeiterschaft fand, zeigt am deutlichsten der rasche Aufstieg der Volksfürsorge alsbald nach ihrer Gründung. Am Schlusse des Jahres 1913, also nach knapp halbjährlichem Geschäftsbetriebe, betrug der Versicherungsbestand schon 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 912 968 Mk. Von dort bis zum Kriegsausbruch, 1. August 1914, gingen nun ein an Versicherungsanträgen 93 561 mit einer Versicherungssumme von 13 617 218,50 Mk. Der Versicherungsbestand Ende Juli 1914 betrug somit schon 163 686 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 31 531 186 Mk.

Für eine Gesellschaft, die ihre ganze Innen- und Außenorganisation aus dem Nichts neu aufbauen und in Tätigkeit setzen mußte, die ihre ganze Werbe- und Verwaltungstätigkeit aufzubauen hatte auf der freiwilligen und uneigennütigen Mitarbeit der in den Versicherungsbetrieb nach vollständig uneigennütigen Funktionäre der Gewerkschaften und Genossenschaften, ist dieses Resultat außerordentlich günstig, bei ungehörtem Fortgang der Arbeit wäre die Volksfürsorge unzweifelhaft in kurzer Zeit ebenfalls neben die größten deutschen Versicherungs-Gesellschaften getreten. Diese Hoffnungen wurden am 1. August 1914 durch den Ausbruch des Weltkrieges jäh gestört. Zahlreiche Mitarbeiter und Angestellte in den Rechnungsstellen und im Hauptbüro hatten sofort bei der Mobilmachung ihre Arbeitsstelle zu verlassen. Das geschah an manchen Orten mit einer solchen Blöße, daß einfach alles liegen und stehen blieb und mühevoll Arbeit notwendig war, die Ordnung in der Organisation und dem Kassensystem wieder herzustellen. Die Angehörigen zahlreicher Einberufener waren im Augenblick vor vollständig ungewisse Erwerbs- und Einkommensverhältnisse gestellt. Sie glaubten, ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen zu können und stellten alle Zahlungen ein ohne Rücksicht darauf, daß sie damit ihrer erworbenen Rechte verlustig gingen.

Der Vorstand der Volksfürsorge war klug genug, dieser Situation gegenüber nüchtern und entschlossen die Rechte der Versicherten zunächst ins Auge zu fassen und vor jeder Ueberstürzung zu warnen. Er traf alsbald Maßnahmen, die es allen Versicherten ermöglichten, ihre Versicherungen aufrecht zu erhalten und, wo sie bereits durch Einstellen der Prämienzahlung aufgegeben waren, sie entweder in Sparversicherungen umzuwandeln oder in der alten Höhe wieder in Kraft treten zu lassen. Diese Bemühungen hatten nach kurzer Zeit auch Erfolg und es werden bei der Volksfürsorge Schätzungen der Versicherten in erheblichem Maße nicht eintreten können.

Der Kriegsausbruch bewirkte naturgemäß auch eine Störung der Werbearbeit und des Neugeschäfts. Vom 1. August bis

31. Dezember 1914 konnten nur noch 4 152 Versicherungsanträge eingebraucht werden. Der gesamte Neuzugang im Jahre 1914 betrug 124 805 Versicherungen mit 20 804 125 Mk. Versicherungssumme und trotz des durch den Ausbruch des Krieges eingetretenen erheblichen Abganges schloß das Jahr 1914 mit 163 468 Versicherungen auf 25 615 271 Mk. Versicherungssumme ab, ein Resultat, das bislang wohl keine Gesellschaft in Deutschland nach einem 1 1/2-jährigen Bestand und dazu noch während eines solchen Krieges zu verzeichnen hatte.

Auch im folgenden Jahre 1915 gingen die Einberufungen von Mitarbeitern der Volksfürsorge nicht zurück. In manchen Rechnungsstellen wechselten die Rechnungsführer dreimal und mehr. Der Erfolg wurde immer schwiefer und an manchen Orten ist es nur durch das opferbereite Eintreten zahlreicher Frauen möglich gewesen, das außerordentlich wichtige Einkassieren der Prämien aufrecht zu erhalten. Trotz aller dieser Schwierigkeiten stieg die Zahl der Neuanträge in diesem 1. vollen Kriegsjahre auf 10 569 mit über 2 000 000 Mk. Versicherungssumme. Der Bestand fest abgeschlossener Versicherungen betrug Ende 1915 171 312 Versicherungen mit 21 473 929 Mk. Versicherungssumme. Im Kriegsjahr 1916 zeigte sich ein Neuaufschwung. Der gesamte Zugang an Versicherungen stieg auf 26 952, so daß am Ende des Jahres 1916 ein Bestand an 191 736 fest abgeschlossener Versicherungen mit 25 468 029 Mk. Versicherungssumme zu verzeichnen war. Die so während der ganzen Kriegsdauer zu konstatierende Weiterentwicklung hat im Jahre 1917 noch eine weitere Steigerung erfahren. Bis zum 31. Juli d. J. waren schon wieder 20 289 Anträge zur Bearbeitung gebracht worden, so daß die Volksfürsorge in diesem Jahre eine Antragsproduktion zu verzeichnen haben dürfte, um die sie von manchen alten Versicherungsgesellschaften beneidet werden wird. In der nunmehr abgelaufenen 3-jährigen Kriegperiode sind somit im ganzen 53 504 Neuanträge mit 12 587 174 Mk. Versicherungssumme eingebraucht worden.

Der günstigen Entwicklung des Neugeschäfts entsprach auch die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft. Die Prämien einnahme, die im ersten halben Jahre — 1. Juli bis Ende Dezember 1913 — 180 492,56 Mk. betrug, stieg im Jahre 1914 auf 2 305 915,93 Mk. und im Jahre 1916 auf 2 357 553,25 Mk. Die Zinsen, die im Jahre 1913 25 126 Mk. betragen, stiegen 1914 auf 68 051,59 Mk., im Jahre 1915 auf 148 934,02 Mk. und im Jahre 1916 auf 221 888 Mk. Der Gewinn, der Ende 1913 66 066,22 Mark betragen hatte, stieg 1914 auf 171 947,04 Mk., 1915 auf 148 815,79 Mk. und 1916 auf 217 421,27 Mark.

Die Aktionäre der Volksfürsorge (Gewerkschaften und Genossenschaften) haben in den Jahren 1913, 14 und 15 auf die ihnen lagungsmäßig zustehende Verzinsung von jährlich 40 000 Mk. zugunsten der Versicherten verzichtet und zwar im Jahre 1913 zu Gunsten der Gewinnreserve und in den Jahren 1914 und 15 zugunsten des Kriegereservefonds. Es war somit der Volksfürsorge möglich, trotz des Krieges die Interessen der Versicherten zu erhöhen zu halten, daß jetzt der Gewinnreservefonds, aus dem die zur Ausschüttung gelangenden Versicherungssummen erhöht werden, auf 3 626 855 Mk. angewachsen ist. Der Kriegereservefonds, der drei Monate nach Schluß des Krieges unter die Angehörigen der im Kriege gefallenen Versicherten zur Verteilung kommt, beträgt 110 212,51 Mk. Der gesetzliche Reservefonds ist auf 30 212,51 Mk. und der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve ebenfalls auf 30 212,51 Mk. angewachsen.

Aus diesem Ergebnis geht hervor, daß in allen Teilen des Reiches in der Arbeiterkraft der Wille besteht, diese ihre Versicherungsgesellschaft in einer Weise zu fördern, daß sie in wenigen Jahren imstande ist, die auf sie gelegten Hoffnungen zu erfüllen. Mit großen Opfern an Arbeit wird der Organisationsapparat der Volksfürsorge so aufrecht erhalten werden, daß nach Abschluß des Krieges und nach der Rückkehr unserer Mitarbeiter aus dem Felde alsbald ein neuer Aufschwung der Arbeit und damit auch des Erfolges in Aussicht genommen werden darf. Unsere Kämpfer an der Fronten, die uns durch ihre heldenhafte Tätigkeit die Möglichkeit gaben, im Innern des Landes die Arbeit für die Volksfürsorge weiter zu führen, werden nach ihrer Rückkehr ihr Werk nicht nur erhalten, sondern weiter geführt vorfinden und sie werden, dessen sind wir sicher mit allem Eifer und treuer Hingabe sich dem Ausbau der Volksfürsorge widmen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nach drei Kriegsjahren.

Von Emil Dittmer.

Die ersten Kriegsmomente 1914 haben in allen Gewerkschaften Deutschlands eine mehr oder minder starke Erschütterung verur-

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.
Von Edmund Hofer.

81. Fortsetzung.

Großes Auge besteht stets den gleichen, festen, man möchte sagen: bannenden Blick; seine Stimme blieb unverändert ruhig und deutlich, als er nach einer Pause versetzte: „Sie haben recht, Herr Magister, — ein weibliches Wesen wurde nicht gesehen, sondern ein Mann. Aber es war nicht derjenige, welcher über Feld lief. Den kennen wir —“

„Den kennen Sie?“ rief Siemann auffahrend. „Aber —“

„Allerdings, den kennen wir seit gestern, und gerade seine Aussage ist von so ernster Bedeutung. Und er will keinen Menschen aus dem Volke gesehen haben, sondern — er sah nur einen Teil der Gestalt durch das kleine Fenster in der Seitenwand! — sondern einen schwarzen Anzug —“

Die Haltung Siemanns blieb unverändert; er sah aufgerichtet, den Kopf erhoben. Von der Stirne war der Schweiß fort, das Auge zeigte wieder Leben und Aufmerksamkeit, ja, durch die Miene glitt bei des Rates Worten etwas wie ein leises, gutmütig lächelndes Lächeln. „Da muß ich denn am Ende selber der Brandstifter gewesen sein, oder, ohne mein Wissen, einen zersplitterten Doppelgänger haben!“ sprach er im launigen Tone. „Einen schwarzen Rock besitzt in meiner Gemeinde außer mir niemand als der Küster, und daß der — nämlich der Küster Lebrecht, nebst seinem Habitus, unschuldig an dieser Tat ist — das kann ich vor Gott und Menschen behaupten. Also ich, mein Herr Rat?“ Das Lächeln zog von neuem leise vorüber.

„Auch uns scheint leider nur diese Annahme zu bleiben, mein Herr Magister,“ sagte der Rat in unverändertem Tone.

Siemann zuckte zusammen, wie von Schläge getroffen, allein seine Bewegung schien weniger eine erschrockene, als ernstlich zürnende zu sein. Er erhob sich mit einem Ausdruck von finsterner Würde, wie wir denselben noch nicht an ihm zu beobachten hatten, und in dem entsprechenden Tone sprach er: „Ein Mann meines Alters und meiner Stellung muß es denn schon wagen, mein Herr Rat, Ihnen bemerklich zu machen, daß ein solcher Scherz, wofür allein ich Ihre Worte —“

„Ich bitte den Herrn Magister um Verzeihung,“ unterbrach Gröffe ihn ernst. „Meine Worte sind nichts weniger als scherzhaft, sondern —“

Siemann war eine ablehnende Bewegung. „Das genügt vollkommen,“ versetzte er mit der gleichen Würde. „Ich habe nichts weiter zu sagen und muß das Kommende erwarten. Ich bin zu Ihrer Verfügung, Herr Rat.“

IX. Magister Siemann.

Es war wahrhaftig ein Fall, wie man ihn hiezu Lande noch niemals so „höflich und haarsträubend“, so „entwürdigend für die Menschheit“, so „sehr — sehr interessant“ erlebt zu haben meinte!

Ein Mann der gebildeten Stände, ein geistvoller Mensch, ein beliebter Gesellschafter, ein Geistlicher sogar, und nun mit einemmal ein Verbrecher, und zwar nicht durch den unerkündbaren, unübersteiglichen Antriebe eines unglücklichen Augenblicks, nicht durch Zufall, nicht durch Notwehr, sondern wie man schon glauben dürfte, mit vollster Ueberlegung und Berechnung, sei es — denn hier sah man noch nicht klar! — um sich selber einem drohenden Verderben zu entziehen; sei es, um einem anderen, bitter, rätselhaft Gehässigen in's Unglück zu bringen!

Wir dürfen es hier jogleich aussprechen: von Zugeschämten und Bekennnissen, von Entwürdigungen des Magisters Siemann vor seinem Richter war nirgends und niemals die Rede; er verharrte, sei es im Leugnen, sei es im Schweigen und stets in feiner — jetzt durch nichts mehr zu erschütternder Fassung und Würde, und die grandiosen und unwiderleglichen Zeugnisse vermochten ihm nichts als ein verächtliches oder leidendes Lächeln zu entlocken. Das ganze Verfahren wider ihn mußte sich auf die Augen stützen, und an denen fehlte es nicht. Es war nicht gerade etwas Angehörliches, aber auffällig war es doch, wie nun, wo Ruf und Ansehen des Herrn zu Fall gekommen waren, von allen Seiten Stimmen laut wurden, die bewiesen, daß dieser Ruf und dieses Ansehen schon längst hinfällig, ja zum Teil völlig verloren gewesen und nur in einem sehr kleinen Kreise noch aufrecht erhalten worden seien.

Hier freilich schien es Siemann ernstlich um Erhaltung der Achtung und Selbstheit zu tun gewesen zu sein, und hatte er es nirgends an aller nötigen Klugheit und Vorsicht fehlen lassen. Und da zu diesem Kreise nur angehörene, tonangebende, ja wirklich einflussreiche Leute gehörten, so ließ es sich schon erklären, daß ihr Urteil über den Geistlichen lange Zeit das gültige und entscheidende blieb und ein anderes, weniger günstiges, entweder gar nicht laut, oder nicht beachtet wurde. Unerwartet hatte der Pfarrer sich dagegen das Ding bei weitem leichter gemacht, und erschütterlich außerordentlich, ja rätselhaft wenig sah um den Eindruck bekümmert, den sein Handeln hier und da hervorrief.

Jetzt freilich mußte ihm der exklusive Kreis gleichfalls nichts mehr. Derselbe ließ ihn mit moralischem und physischem Schander fallen, und erklärte ihn schon um dessen willen für schuldig und ewig verdammt, weil er es gewagt und vermocht hatte, ihn so lange und gründlich zu täuschen!

Mit der „Verdammung“ oder, wenn man lieber will, Verteilung des Verbrechens sah es jedoch nicht aus. Der Indizien- und Zeugenbeweis, die Ueberzeugung der Richter und des gesamten Publikums genügten zu jener Zeit bekanntlich keineswegs zur Beurteilung des Angeklagten, der nicht auf „handhafter Tat“ ergreifen, noch zu einem Bekenntnis zu vermögen war. Weidestraß bei Siemann, um dies zu wiederholen, nicht zu.

Am gleichen Morgen, wo der Magister in der Stadt erschien, um für seinen Stiefsohn und Caspar Peers „ein gutes Wort“ einzulegen, hatte sich beim Direktor Link ein Mann eingefunden, der sich durch ein Bittschreiben des Oberpfarrers Wensheim legitimierte und sich als den Menschen vorstellte, den die Frau des Waldwärters Meus während des Pfarrhausbrandes über Feld und gegen den Wald laufen sah. Link hatte ihn nach einer kurzen Unterhaltung jogleich an den Untersuchungsrichter Gröffe gewiesen, und dieser fand die Aussage von solcher Bedeutung, daß aus den vorläufigen Fragen alsbald ein vollständiges und ernstes Verhör wurde und er sich veranlaßt sah, den Pfarrer Siemann „um seinen Bescheid“ zu bitten. Dieser letztere war, wie wir wissen, schon wieder abgereist und konnte erst am folgenden Tage erscheinen, um, der Brandstiftung angeklagt, verhaftet und seinem alten Bekannten, Herrn Duers, zur Aufbewahrung anvertraut zu werden.

Der Jenz, wie wir ihn denn wohl heißen müssen, war einer von Wensheims Waldarbeitern, die sich aus der ganzen Umgegend rekrutierten, und erhielt vom Oberförster und, wie sich später herausstellte, auch von allen übrigen das beste Zeugnis als nüchtern, ehrlicher und fleißiger Mensch. Er war — die gewöhnliche Karriere solcher Leute — vor einigen Jahren erst vom Militär zurückgekehrt, hatte geheiratet und sich, da er nicht ganz mittellos, als Hausler niedergelassen und arbeitete und sorgte nach Kräften für seinen jungen Hausstand. Am Morgen des Sonntagmorgens war er im Walde gewesen, um, trotz des Sonntagmorgens, ein verkümmertes Geschäft nachzuholen. Als der Brand ausging, ließ er, wie sich von selbst verstand, zu Hilfe und war tätig, bis das letzte Haus herunter war, wo er sich denn um so schneller auf den Heimweg machte, als derselbe nicht kurz und seine Frau, die obendrein Kindbettin, daheim nur schon allzulange allein geblieben war.

Er eilte auf dem kürzesten Wege, über den Kirchhof, am Pfarrhausje und dem Garten desselben entlang, gegen den Wald zu, wo er tüchtig abhauen konnte. Vor dem Pfarrhause sah er ein paar Leute stehen, die er jedoch nicht erkannte; die Waldwärters-Frau in der Tat ihres Hauses erblickte er gleichfalls im Vorüberlaufen. Er hielt erst unter den Waldäbäumen an, als Gehörs in seinem Rücken ihm eine neue Katastrophe meldete — das Dach brannte, und einen Augenblick schwankte er, ob er wieder umkehren sollte. Dann aber trieb ihn der Gedanke an die einsame und hilflose Frau weiter — hier waren auch ohne ihn Helfer genug.

(Fortsetzung folgt.)

fast. Die rapid anwachsende Arbeitslosigkeit, die Massenentziehung, die fast völlige Unterbindung des Agitationsapparates mußte zu finanziellen und anderen Schwierigkeiten führen, wenn nicht ruhige Besonnenheit und ein fester Wille die Taktik der Gewerkschaftsleitungen bestimmt hätte. Der Gemeindeführer-Verband zählte Ende 1914 3600 spurlos verschwundene Mitglieder (neben den 16 000 Eingezogenen). Von da ab besserte sich das Bild allmählich. Ende 1915 beträgt die Differenz zum Friedensstand (54 500) noch 2500 fahnenflüchtige, wenn man die Mitgliederzahl (26 000) und die mittlerweile Eingezogenen (25 400) in Anrechnung stellt. Wesentlich günstiger ist das Bild schon Ende 1916. Nur — 645 sind wirkliche Verluste. Mit Beginn 1917 aber setzte wieder ein solches Vorwärtsschreiten ein, so daß bei Abschluß des dritten Kriegsjahres am 1. August 1917 bereits eine (rechnerische) Zunahme von 2400 Mitgliedern festzustellen ist. Den 28 000 Mitgliedern stehen jetzt 29 000 Heeresangehörige gegenüber. In diesen Ziffern spiegelt sich die Verbandslage treffend wieder. Freilich ist das Bild nicht überall das gleiche. Den Gauen mit ziemlich erheblichem Mitgliederzuwachs (Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg) stehen die schwer mitgenommenen Grenzgaue (Strahburg, Königsberg) gegenüber, die auch heute noch lange nicht den früheren Stand erreicht haben. Sie geben uns einen schwachen Anhalt dafür, wie es bei den deutschen Gewerkschaften aussehe, wenn „die Russen an der Oder ständen“.

Die Finanzlage des Verbandes ist durch die enormen Anforderungen der beiden ersten Kriegsjahre auch heute noch etwas geschwächt. Das Vermögen ging von 850 000 Mk. auf ca. 1/2 Millionen Mark zurück. Weit über 600 000 Mk. sind für besondere Kriegsunterstützungen (außerstatutarische) ausbezahlt worden. Seit dem 1. Juli 1917 wurde jedoch zum Verbandsbeitrag ein wöchentliches Kriegszuschlag von 10 Pf. erhoben, so daß nun wieder das finanzielle Gleichgewicht hergestellt ist.

Von den ca. 65 Angehörigen bei Kriegsbeginn mußten in kurzer Folge 40 zum Militär einrücken (davon 10 vom Hauptbüro). Nur durch stärkste Anspannung der Ueberlebenden (samt sämtlichen Gauleiter bearbeiten zwei Gauen!) sowie durch Uebernahme einiger Beamten anderer Verbände konnte den mannigfaltigen Anforderungen der Kriegszeit Gerechtigkeit widerfahren.

Die Lohnbewegungen stehen an Teilnehmerzahl der Friedenszeit wenig nach, unergleichlich (aber auch wegen des gesunkenen Geldwertes) sind die Erfolge, wie nachstehende Zusammenstellung aufweist:

Jahr	Verbandsmitglieder	Erfolg Personen	Lohnerhöhung pro Jahr 1916	Person 1916
1913	53 925	35 300	2 508 600	1,36
1914	54 800	13 000	850 000	1,25
1915	26 539	82 400	9 967 200	2,32
1916	25 390	56 900	9 038 500	3,05

Daß bei alledem nicht entfernt ein Ausgleich gegenüber der Teuerung geschaffen ist, bedarf keiner Erörterung. Aus diesem Grunde haben im laufenden Jahre 1917 die Lohnbewegungen noch viel häufiger einander gedrängt.

Eine Reihe sozialer Errungenschaften konnten durchgesetzt werden (Kranken-Versicherung der Eingezogenen, Kriegsversicherung, Beihilfen an die Kriegsteilnehmer oder deren Familien). Schwerer war es, den Verband zur offiziellen Anerkennung bei den Behörden zu bringen. Wohl werden bei fast allen Verhandlungen unsere Vertreter hinzugezogen, fast immer aber mit einem Vorbehalt, der in der Kriegszeit doppelt unverständlich ist, nachdem selbst die höchsten Staatsbehörden den Wert der Arbeiterorganisation begriffen haben. Die Regelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge ist in einigen größeren Städten (Berlin ujm.) nach den Vorschlägen des Gemeindeführer-Verbandes erfolgt. Der deutsche Städtetag hat sich zu generellen Entschlüssen noch immer nicht aufschwingen können.

Die Zahl der Frauen hat auch in den Gemeindebetrieben gewaltig zugenommen. Erstreckt man sich in erheblicher wachsender Zahl der Organisationsfrage Verstandnis entgegen.

Von inneren Wirren ist der Gemeindeführer-Verband während der Kriegszeit bislang freigeblichen. Die Arbeiter wissen, es steht zu viel auf dem Spiele, als daß Zwietracht und Zerstückelung jetzt ihre wirtschaftlichen Front durchbrechen dürften. Den Gehorsam wie den zehntausenden noch im Heere Befindlichen sind es die Daheimgebliebenen schuldig, die Organisation unerschrocken zu erhalten als stärkste wirtschaftliche Waffe der Gemeindearbeiter.

Aus der Partei.

Ueber den Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Partei schreibt der „Vorwärts“ recht zutreffend:

Die konservativ-ellendische Presse ergeht sich in häßlichen Betrachtungen über den „Mitgliederzuwachs“ der sozialdemokratischen Partei, der aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag hervorgeht. Es ist unseres Wissens das erste Mal seit Kriegsbeginn, daß an den Mitgliederzuwachs einer Organisation ein solcher Maßstab der Kritik gelegt wird, wie hier. Auf das „materielle Empfinden“ der Gegner wirft es ein eigenartiges Licht, wenn sie über „Mitgliederzuwachs“ höhnen, wo sie doch ganz genau wissen, wo in diese Mitglieder verschlungen sind: in die Majengraben vor Verdun und in den Karpaten, in die Schützengräben von Dijon bis zu den Alpen und von der Donau bis zur Duna. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird zum Beispiel gewiß unerschrocken den gleichfalls vorhandenen Mitgliederzuwachs des Bundes der Landwirte als ein Zeichen dafür feiern, welsch Opfer die Landwirtschaft dem Vaterlande gebracht hat. Bei der Sozialdemokratie höhnt man über „Mitgliederzuwachs“. Des weiteren wird die Frage erörtert, welche politische Organisation unter den gegenwärtigen Umständen einen höheren Mitgliederbestand aufweisen hat als eine runde Vierelmillion. Wenn es eine gibt, mag sie sich melden. Wenn es aber keine gibt, so soll man sich schon im eigenen Interesse vor der Selbsttötung hüten, daß die Aktionskraft der Sozialdemokratie im Erlahmen sei. Das Erwachen aus diesem Traum könnte allzu schmerzhaft werden! Indes hat es ja jetzt jeder zu den beliebtesten Kampfmitteln der Gegner gehört, die Sozialdemokratie totzusagen, und immer noch haben sie mit solchen Prophezeiungen ihre roten Wunder erlernt. Das nächste wird, das sind wir gewiß, bei den ersten Wahlen nach dem Kriege kommen: dann wird sich erst zeigen, wie das Eintritten der Sozialdemokratie für Verteidigung, Frieden und Freiheit auf die Waagen gewirkt hat. Wenn aus also der Hohe der Gegner über den sozialdemokratischen Mitgliederzuwachs nicht die Füßchen beruhigt, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß die Massen und vor allem die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei aus ihm keine Lehren zu ziehen hätten. In der Haltung der Gegner zeigt sich sehr deutlich, daß sie die durch den Krieg veränderte vorübergehende Schwäche der Parteioptionen zu ihren Vorteilen, zu Zwecken der Kriegszüge und der Kriegsverlängerung auszunutzen bestrebt sind. Je weiter ins Kriegsjahr die sozialdemokratischen Organisationen sind, desto größer und die Aufgaben der Konventionen und Alldeutschen mit ihren ansehnlichen Männen durchzuführen. Die Forderung, die daraus zu ziehen ist, ergibt sich für jeden, der noch nicht Mitglied der sozialdemokratischen Parteioptionen ist, von selbst.

Die ehemalige Sozialdemokratie und die elsass-lothringische Frage. Der sozialdemokratische Verein Mülhausen hat zur Frage der Autonomie Elsass-Lothringens Stellung genommen. Gewisse Einzelheiten über die Geschichte in Berlin in der zweiten Hälfte des vorigen Monats. Er schildert die Verhandlungen der Reichstagspartei über die rassistische Seite der deutschen Politik, als da sind: Belgien, Polen, Elsass-Lothringen ujm. mit dem Komplex zu einer klaren Verständigung zu kommen und legte dann dar, was für Aufgaben der Komplex bezüglich Elsass-Lothringens — vornehmlich der weiten Bereich mit den Bundesstaaten — zu verwirklichen gewesen. Nach einer Würdigung der wirtschaftlichen und politischen Ver-

hältnisse des Reichslandes fand diese Resolution einstimmige Zustimmung:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Mülhausen i. El. begrüßt die Bestrebungen, das bisherige Reichsland Elsass-Lothringen zum vollberechtigten autonomen Bundesstaat auszugestalten, sie hält aber eine staatliche Freiheit nur für möglich, wenn auch die finanzielle Unabhängigkeit vorhanden und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit gesichert ist. Ferner hält sie für die Zeit des Ueberganges die Festlegung eines Wahlrechtes für erforderlich, das in demokratischer Weise der gesamten Bevölkerung Elsass-Lothringens die Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Landes ermöglicht.

Daher fordert die Versammlung:

- a) In wirtschaftlicher Beziehung:
 1. Die Uebernahme aller Kriegsschäden des Landes, der Bezirke, der Gemeinden und Einzelpersonen durch das Reich.
 2. Die Beteiligung Elsass-Lothringens an den Ueberschüssen der Reichseisenbahnen mit der Hälfte, mindestens aber mit 10 Millionen Mark jährlich.
 3. Eine Neuregelung der Vergütung der Erhebung der Zölle und indirekten Steuern auf der Grundlage, daß Elsass-Lothringen mindestens seine eigenen Ausgaben erlegt bekommt.
 4. Die moralische und materielle Unterstützung Elsass-Lothringens durch das Reich bei der Ausnützung der Wasserkraft des Oberrheins.

- b) In politischer Beziehung:
 1. Einführung der republikanischen Staatsform.
 2. Die Vornahme der Landtagswahlen nach dem Verhältniswahlrecht. Jeder der drei Verwaltungsbezirke des Landes bildet nur einen Wahlbezirk.
 3. Einführung des Verhältniswahlrechtes für die Gemeinderatswahlen. Jede Gemeinde bildet nur einen Wahlbezirk.
 4. Aufhebung der Wohnsitzklauseln bei dem Landtags- und Gemeindevahlrecht.

Die Versammlung erklärt, daß nur durch Erfüllung dieser Bedingungen der angestrebte Ausbau der elsass-lothringischen staatsrechtlichen Verhältnisse zu wirtschaftlich und politisch zufriedensstellenden Zuständen führen kann.

Kommunales.

Ein Schulbeispiel verfehlter Kommunalpolitik. In der letzten Essener Stadtverordnetenversammlung hand die Verkehrsnot auf der Tagesordnung. Die Straßenbahn genügt dem gewaltigen Verkehr schon in Friedenszeiten nicht, und jetzt im Krieg ist bei der auf 100 000 gewachsenen Arbeiterzahl von Krupp die Verkehrsnot ganz ungeheuer. Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft in Darmstadt, welche die Essener Straßenbahn betreibt, hat in Essen ungefähr 25 Prozent ihres Bahnnetzes, zog aber im letzten Jahre 7,9 Millionen Mark von 11,8 Millionen ihrer Einnahmen und 3,8 Millionen Mark von 5,3 Millionen ihres Gewinnes aus Essen. Streckenausbau und Unterhaltung, Wagenpark und sonstige Betriebsmittel sind so mangelhaft, daß die Bürgererschaft dagegen schon seit Jahren protestiert. Jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung besondere Maßnahmen gegen die Verkehrsnot beim Kriegsanfang beantragt. Kurz vor dem Krieg ging die Mehrheit der Aktien der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in den Besitz der Rheinischen Bahngesellschaft (Rheinisch-westfälisches Elektrizitätswerk Stadt Essen und Landkreis Essen) über. Jetzt im Krieg kann natürlich mit der alten Schlamperie aus Gewinnsucht nicht rasch genug aufgeräumt werden. Wie Redner in der Stadtverordnetenversammlung, auch der Oberbürgermeister, der jetzt als Vertreter der Stadt Aufsichtsratsmitglied in der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft ist, erklärte übereinstimmend, es räche sich jetzt außerordentlich, daß die Stadt vor Jahren die Gelegenheit veräußert habe, die Straßenbahn in ihren Besitz zu bringen.

Aus Nah und Fern.

Eine Familie an Pilzergiftung erkrankt. Wie aus Dresden gemeldet wird, erkrankte dort eine Familie an Pilzergiftung; der Vater und eine Tochter sind bereits gestorben, fünf weitere Familienglieder liegen schwer erkrankt darnieder.

Das Schwein im Kinderwagen. Eine Frau in Königshütte, die einen sorgsam zugebedeckten Kinderwagen schob, wurde von einem Polizeibeamten angehalten, der trotz des Protestes der Befürwortin des Wagens diesen zu untersuchen begann. Als er die Decken und Bettchen entfernt hatte, kam ein geschlachtetes Ferkel zum Vorschein.

Ein unglücklicher Vorfall. Im Forste von Wilhelmstal wurde, wie der „Tagl. Rundschau“ aus Eisenach berichtet wird, der Schlosser A. Quent aus Kugla beim Wildern ertappt und erschossen. Jetzt werden in eigenmächtiger Einzelheit über den Vorfall gemeldet, daß der Landtagsabgeordnete Genosse Leber sich mit einer längeren Eingabe an das großherzoglich sächsische Staatsministerium gewandt hat und um einwandfreie Klärstellung vertritt — allerdings sehr auffälliger — Momente ersucht hat. Während in der amtlichen Darstellung behauptet wurde, daß Quent in der Gegenwehr von einem Forstbeamten einen Schuß in der Schenkel erhalten habe und an Verblutung gestorben sei, unterstellt Leber, daß dieser am Kopf und Körper mehrere Schußwunden aufzuweisen hatte. Andere dem Abgeordneten zugehörige Schreiben behaupten sogar, daß dem Mann der Schädel eingeschlagen worden sei. Weiter sagt Leber, daß Quent im Walde sitzend und fertig eingearbeitet worden sei und daß der Schuß einmal von seinen familienangehörigen geöffnet werden durfte. Quent war in der Nacht vom 18. zum 19. August erschossen worden; am 19. bereits wurde in aller Frühe die Kugla der Gemeindevorwaltung von der Wilhelmsthaler Forstbehörde beauftragt, schnellstens einen verschließbaren Sarg nach dem Tatort zu schaffen. Statt nun die Angehörigen von dem Vorfall zu benachrichtigen, erklärten diese erst von dem Geschehnis, als der festverschlossene Sarg abends 9 Uhr vor der Behausung vorfuhr; sie konnten also von dem erschossenen Gatten und Vater nicht einmal Abschied nehmen. Leber verlangt nun unbedingte und schleunigste Aufklärung über das Verfahren, zumal in Kugla das Gerücht verbreitet sei, daß Quent gar nicht von einem Forstbeamten erschossen worden, sondern daß eine andere Persönlichkeit in Frage kommt, und daß er nicht einen, sondern mehrere Schüsse erhalten hat. Der Erziehung hat den Chinafeldzug mitgemacht und auch im jetzigen Weltkrieg 2 1/2 Jahre an der Front gedient. Quent erwarb sich in Kugla allgemeiner Achtung.

Ueber die Verhaftung des Raubmörders Wreghy, der innerhalb weniger Tage nicht weniger als vier Raubmorde beging, werden aus Wien noch interessante Einzelheiten berichtet. Es war dem Polizeibeamten Gregor gelungen, die Spur des Mörders bis Mährisch-Weißbühl zu verfolgen. Dort suchte er vergeblich ohne Erfolg sämtliche Gasthäuser und Schenkelstätten ab und bezog sich dann auf einem über beleumundeten Nachtlokal. Er sah hier konnte er anfangs keine Anzeichen über den gesuchten Mörder erblicken. Er blieb aber beharrlich und forschte weiter in dem Etablissement nach. Nach einiger Zeit wurde ein Flasche Sekt in einen Salon getragen, und als Gregor sich erkundigte, wer der Scheller sei, hieß es, ein Ukrainer, ein junger Mann, der eine größere Gesellschaft freihalt. Bald darauf wurde eine zweite und eine dritte Flasche Sekt in das Zimmer getragen. Gregor, der sich der Wirtschaftlerin gegenüber bereits legitimiert hatte, bemerkte sie, die Eigentümerin des Saales mit dem Bilde des Mörders, das der Agent ihr übergeben hatte, zu vergleichen. Die Wirtschaftlerin kam nach einiger Zeit zurück und erklärte eine ganze Leichtigkeit des im Salon befindlichen Ukrainers mit dem Bilde. Nun trat der Agent der Wirtschaftlerin auf, in den gemauerten Wein ein Schlafmittel zu kippen. Aber Wreghy als raubmörder und vornehmlicher Verbrecher hatte die ganze Zeit über

nicht einen Tropfen Wein zu sich genommen. Er stand stets auf dem Sprung, aus dem Hause zu flüchten. Als der Agent sah, daß dem Verbrecher mit Wirt nicht bezukommen war, entschloß er sich ihn zu überrumpeln. Er schritt zur Tür des Salons, öffnete sie ein wenig, und erkannte mit aller Bestimmtheit in dem Ukrainer den gesuchten Mörder. Wreghy lag eben halb entkleidet auf dem Sofa, spähte aber stets mit mißtrauischen Blicken nach der Tür. Er sah Augenblick später, als Wreghy sich eben auf dem Sofa streckte, sprang der Entschlossene Polizeibeamte in das Zimmer, warf sich auf Wreghy, dem er sofort die Hände gegen die Brust presste. Der Agent selbst ein Hüne von Gestalt, hatte alle Mühe, Wreghy zu überwältigen. Wreghy wurde gefesselt und nach Mährisch-Weißbühl gebracht. Im Verlauf des ersten Verhörs gestand er alle Mordtaten ein. Er benahm sich anfangs sehr zynisch, später wurde er aber weich und weinte auch wiederholt. Der Mörder wurde nachts nach Krafau eingeliefert.

Hamsterei auf allen Gebieten. Eine originale, aber bitter-ernste Geschichte gibt ein Einsender in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zum besten. Danach handelt es sich, wenn auch vielleicht nicht um eine neue, so doch sicher um eine wenig oder gar nicht bekannte Hamsterei: um die Bequemlichkeitshamsterei. Ein Landtagsabgeordneter will den Schnellzug nach der Hauptstadt benutzen, um an den Verhandlungen am grünen Tisch teilzunehmen. Kraft seines Amtes hat er Anspruch auf einen Platz in der ersten Wagenklasse. Der Wagen ist dicht besetzt, selbst auf dem Gang stehen die Reisenden. Der Landesbote sieht sich hindurch und atmet erleichtert auf, als er gewahrte, daß doch noch ein Abteil vorhanden ist, in dem nur eine Person Platz genommen hat, während die anderen drei Plätze mit Gepäck belegt sind. Hier wäre also noch ein Plätzchen, wo er Gelegenheit zur Durcharbeitung einiger Landtagsdrucksachen findet, wozu es ihm zu Hause an Zeit ermangelte — so denkt er. Aber... Das Abteil ist verschlossen! Der einzige Inhaber gibt sich gar keine Mühe, es zu öffnen. Der Schaffner wird benachlässigt, dem Abgeordneten Einlaß zu verschaffen, doch umsonst, der bevorzugte Reisende springt auf und ruft: „Ich wünsche allein zu reisen. Ich habe alle vier Plätze bezahlt!“ Und dem verdutzten Abgeordneten wird die Tür vor der Nase zugeworfen. Doch der „Einsame“ ist in seinem Recht, denn dem Einlaßberechtigten wird vom Schaffner ein Bahntelegamm gezeigt, dessen Inhalt befragt, das Zugpersonal werde angemessen, vier Plätze erster Klasse freizuhalten, für den betreffenden Herrn, einen hochadeligen, schmerreichen schlesischen Magnaten. Wer einen vollen Geldsack sein eigen nennt, der braucht nicht nur nicht zu darben, wenn andere hungern — er kann auch auf der Eisenbahn fahren, wie es ihm beliebt, ohne in seinem Abteil durch den Atem eines oder zweier Mitreisender belästigt zu werden!

Ernordeter Forschungsreisender. Reuter meldet aus Batavia: Hier eingegangene Nachrichten zufolge wurde der österreichische Forschungsreisende Solteß im holländischen Teil Neu-Guineas ermordet.

Der verdächtige Leichenzug. Vor einigen Jahren fiel es holländischen Grenzbeamten auf, daß an einer bestimmten Stelle verhältnismäßig oft ein Leichenzug die Grenze passierte und daß die trauernden Hinterbliebenen, die den Zug geleiteten, in der Mehrzahl immer dieselben Personen waren. Man sah sich darauf den Trauerkondukt etwas näher an und fand, daß der Sarg keinen Toten, sondern Konterbande enthielt. Ein Seitenstück zu dieser Geschichte ist jetzt in der Gegend von Grodno ans Tageslicht gekommen. Im Trauerzuge des Leichenzuges eines in Sibiria bei Grodno verstorbenen Farmers befanden sich zehn Landwagen, die der Prozession langsam und feierlich folgten, und deren Insassen vom Kummer über den hingeshiedenen Seelenhirtin ganz überwältigt waren. Die Polizei hatte aber einen Hint bekommen und hielt plötzlich den Zug an. Sie entbede, daß die Wagenkisten sämtlicher Wagen mit Gerste gefüllt waren. Das Getreide wurde eingezogen und die Wagenbesitzer, die ihre Trauer mit dem Nützlichsten zu vereinen versucht hatten, werden unter Anklage gestellt werden.

Ein neuer Silberdiebstahl in Polen. Im Palais des Grafen Przewdzicki in Warschau sind für mehrere hunderttausend Mark Silberzeug, Einrichtungsgegenstände sowie Kunstwerke gestohlen worden. Die Diebe, alles für treu gehaltenes Dienstepersonal, wurden verhaftet. Die Diebereien dauerten zwei Jahre, da die Herrschaft abwesend war.

Selbstmord des Erbauers der „Deutschland“. „Holländisch Nieuws Bureau“ meldet aus Baktimore: Der Erbauer des deutschen Handels-„Deutschland“, Gottlieb Brutt, der seinerzeit als feindlicher Ausländer verhaftet wurde, weil er sich ohne Erlaubnis in einem ihm untersagten Distrikt aufgehalten hat, hat im Staatsgefängnis Selbstmord verübt.

Eine große Londoner Fabrik durch Explosion zerstört. In einer Fabrik von Ost-London brach Feuer aus, das eine Explosion unter den aufgeschappten Chemikalien verursachte. Die ganze Fabrik, die sich über ein Gebiet von einem halben Acre ausbreitete, wurde zerstört. Benachbarte Fabriken und hunderte von Häusern wurden beschädigt. Infolge der frühen Stunde sind keine Menschen verunglückt.

Ein englischer Dampfer durch Explosion gesunken. Der britische Dampfer „Port Kembla“, 4700 Br.-Reg.-T., sank in der Cookstraße infolge der Explosion einer Höllemaschine. Niemand wurde verletzt.

Eine erfrischende Sprache führt eine amtliche Bekanntmachung des Königlich württembergischen Oberamts Spaichingen zur Einschränkung der durch Neuordnung des Stellvertretenden Generalkommandos herabgesetzten Polizeistunde. Die Veröffentlichung, die den Ortsbehörden und den Landjägern eine strenge Ueberwachung und Durchsicherung der auf 11 Uhr festgesetzten Schlafzeit zur Pflicht macht, trägt die Nachschrift: „Diejenigen, welche glauben, um 11 Uhr nachts noch nicht schlafen zu können und ihr Vergnügen im Wirtschaften suchen sollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß es männlicher wäre, sich für den Schützengraben zum melden, wo andere schon seit drei Jahren Wache halten müssen, statt unnütze Wirtschaftspolitik zu treiben.“

Aufruf.

Das Ringen um Deutschlands Zukunft, um unseres Volkes Bestand, Freiheit und Aufstieg, muß nach dem Willen verbissener Feinde weitergehen. So lange noch, bis auch verbildeten Augen endlich offenbar wird, daß allen Anstürmen, Kriegsbeschwerden und Gelderfordernissen unbiegsam standzuhalten das deutsche Volk bereit und fähig ist.

Die herausfordernden Zweifel in unsere heimische Unerklärlichkeit sind es, und sie sind es ganz allein, die den Krieg verlängern. So, mit einem Aufflammen unerbittlicher feindlicher Vernichtungswut, mit taurem Blut und Gut, mit einer Gefährdung des opferwillig bisher Erreichten hätten wir es alle schmerzlich und unerheblich zu büßen, wenn wir jetzt in der geldwirtschaftlichen Kraftanspannung glauben nachlassen zu dürfen.

Je widersamtsfähiger aber wir des Reiches Geldmengen erhalten, um so stärkeren Widerhall wird bereinigt das deutsche Wort bei den Friedensverhandlungen werden, um so rascher werden wir in der Zeit friedlichen Wiederaufbaues den deutschen Geldwert im Ausland auf seine alte Höhe bringen — zu unser aller Vorteil. Das Deutsche Reich bietet Gewähr für die Sicherheit Eurer unentziehbaren Ansprüche mit allen Vermögenswerten, mit dem Einkommen und allen schaffenden Kräften der Gehalteten seiner Bürger. Und machtvoll wie durch drei lange Jahre hindurch wird auch fernerhin zu Wasser und zu Lande die Abwehr und Schwächung der Feinde sein. Hinzutreten muß aber als mitschöpfende Streitmacht das läckenlose Aufgebot aller freien Gelder.

So ergeht in läckelstärkerer Zeit an die sämtlichen Volksgenossen mit großem, kleinstem und kleinstem Geldbesitz in Stadt und Land der Ruf des schuldlos bedrohten Vaterlandes: Helft mit Eurem Gelde zu einem neuen Kroften, achtunggebietenden Zeugniserfolg, zu einem ehernen Kraftbeweis, der uns dem ehrenvollen Frieden näherbringt!

Zeichnet bei 7. Kriegsanleihe!